

# Beteiligungsbericht Stadt Kamen

2007

(Geschäftsjahr 2006)



## VORWORT

Die Stadt Kamen bedient sich im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zur Erledigung und Wahrnehmung einer Vielzahl öffentlicher Aufgaben kommunaler Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts.

Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) dürfen sich Kommunen zur Erledigung der ihnen übertragenen Aufgaben nicht unbegrenzt auf wirtschaftlichem Gebiet betätigen. Bei der Gründung oder der Beteiligung an Unternehmen oder Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts unterliegen die Kommunen maßgeblich den im 11. Teil der GO NRW in der Fassung vom 01.01.2005 aufgeführten Bestimmungen.

Zur Information der Ratsmitglieder und Einwohner haben Kommunen nach § 117 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) in der Fassung vom 01.01.2005 jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und fortzuschreiben.

Aufgabe des Beteiligungsberichtes ist es, durch die Auflistung aller notwendigen Informationen über Beteiligungen der Stadt Kamen an privatrechtlichen Unternehmen sowohl die Vermögensverhältnisse der Stadt Kamen, als auch die Strukturen der Unternehmen transparenter zu machen.

Das Land NRW hat zum 01.01.2005 das Neue Kommunale Finanzmanagement für die Kommunen des Landes eingeführt. Die Etablierung des NKF bedingt Neufassungen und Anpassungen in insgesamt 19 nordrhein-westfälischen Gesetzes- und Verordnungswerken. Im Fokus der Modifizierungen stehen die Regelwerke GO und GemHVO.

§ 3 NKFEF NRW regelt die Aufstellung des Beteiligungsberichts.

- (1) Gemeinden und Gemeindeverbände haben spätestens zum Stichtag 31. Dezember 2010 einen Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung und § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW aufzustellen. In der Zeit vom In-Kraft-Treten dieses Gesetzes bis zum Stichtag nach Satz 1 kann der Beteiligungsbericht nach den Vorschriften des Satzes 1 jeweils zum Schluss eines Haushaltsjahres aufgestellt werden.

§ 52 GemHVO

- (1) Im Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung sind gesondert anzugeben und zu erläutern:

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,

8. der Personalbestand jeder Beteiligung.
- 2) Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. [...]
  - 3) Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Mit dem Beteiligungsbericht 2007 erfolgt die dreizehnte Fortschreibung des erstmals für das Geschäftsjahr 1994 erstellten Berichts. Einbezogen wurde das Datenmaterial aus dem abgeschlossenen Geschäftsjahr 2006. Der aktuelle Beteiligungsbericht stellt alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Kamen an privatrechtlichen Unternehmen nach dem Stand vom 31.12.2006 dar.

Der Beteiligungsbericht wurde erstmals nach den Regelungen des NKF aufgestellt und enthält erstmalig die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen. Zudem wurden Kennzahlen gebildet, die Auskunft über die Ertragslage, den Vermögensaufbau, die Anlagenfinanzierung und die Kapitalausstattung geben.

Die Kennzahl der „Eigenkapitalrentabilität“ (Ertragslage) dokumentiert, wie hoch sich das vom Kapitalgeber investierte Kapital innerhalb einer Periode verzinst hat.

Die Kennzahl „Anlagenintensität“ (Vermögensaufbau) stellt ein Verhältnis zwischen dem Anlagevermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Anlagenvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entspricht. Die Anlagenintensität gibt Hinweise auf die finanzielle Unabhängigkeit der Beteiligung. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge.

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad“ (Anlagenfinanzierung) gibt Auskunft, inwieweit das langfristige Vermögen durch Eigenkapital finanziert ist. Auch als „Goldene Bilanzregel“, oder „Grundsatz der Fristenkongruenz“, bekannt. Grundsätzlich sollte der Anlagendeckungsgrad 100% betragen

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote“ (Kapitalausstattung) misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Die Eigenkapitalquote zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Beteiligung durch Eigenkapital finanziert ist. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto unabhängiger ist die Beteiligung von externen Kapitalgebern

Diese Bildung der Kennzahlen wurde nach der Handreichung NKF für Kommunen vorgenommen.

Der Beteiligungsbericht wird zur Einsichtnahme für jeden Interessierten bereitgehalten und kann ebenfalls im Internet unter [www.stadt-kamen.de](http://www.stadt-kamen.de) eingesehen werden. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme wird in den Kamener Bekanntmachungen – Amtsblatt der Stadt Kamen – öffentlich hingewiesen.

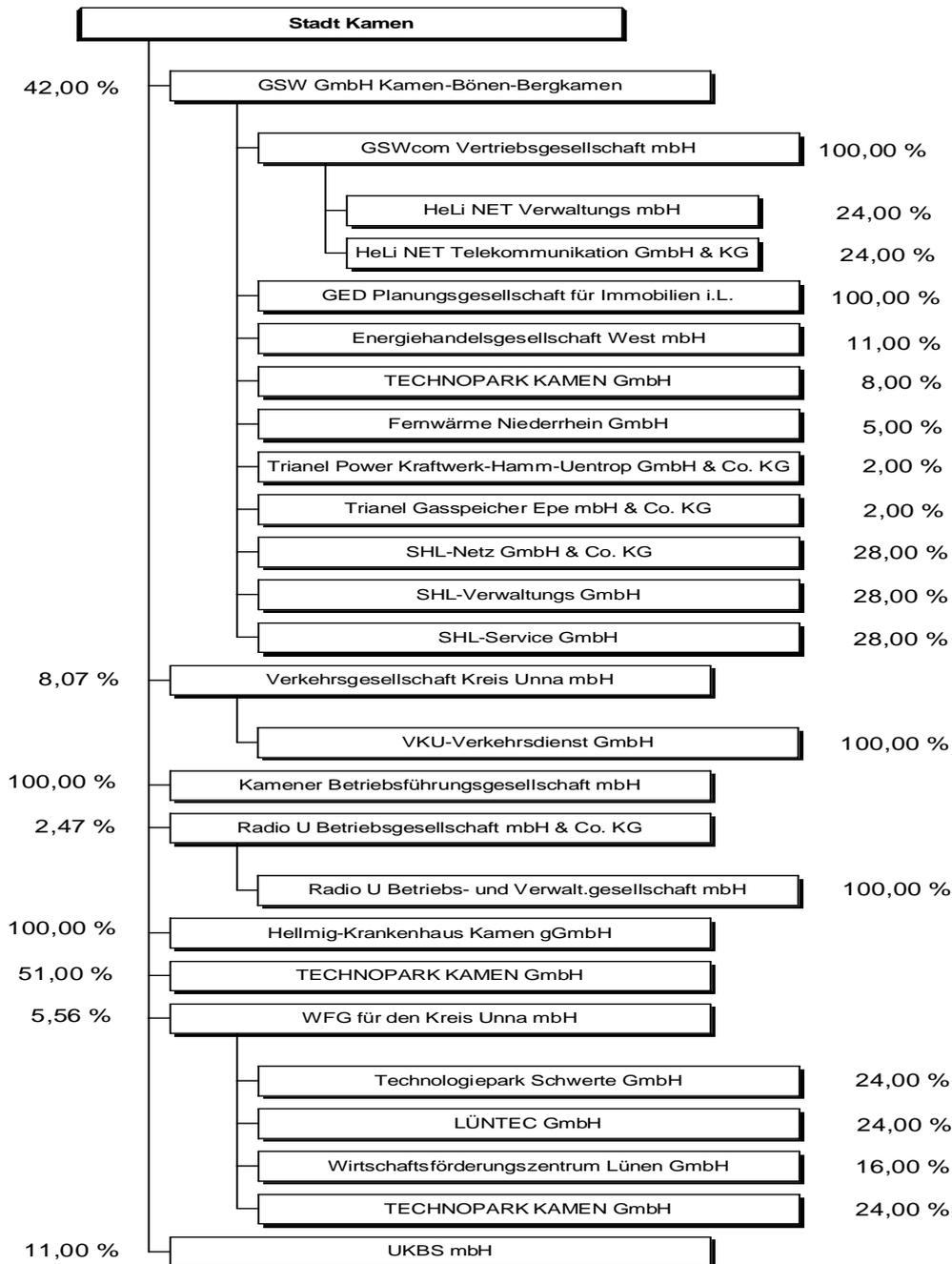
Kamen, im Januar 2008  
Der Bürgermeister

Hupe

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
I. Vorwort.....	3
II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt.....	7
Unmittelbare Beteiligungen.....	8
Mittelbare Beteiligungen .....	9
III. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung.....	10
IV. Vertretung in den Gremien der Unternehmen .....	11
V. Darstellung der einzelnen Unternehmen	
<b>Versorgung, Entsorgung und Verkehr</b>	
1. GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen .....	15
1a. GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH .....	23
2. Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) .....	27
<b>Stadtmarketing, Kultur und Freizeit</b>	
3. Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH (KBG) .....	35
4. Radio U Betriebsgesellschaft mbH 6 Co. KG .....	41
<b>Gesundheits- und Sozialwesen</b>	
5. Hellmig-Krankenhaus Kamen gGmbH .....	51
<b>Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung</b>	
6. TECHNOPARK KAMEN mbH .....	63
7. Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG).....	69
8. Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS).....	77



II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Kamen im Geschäftsjahr 2006



**A. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Kamen**

unmittelbare Beteiligungen		Anteil am Stammkapital in...	
		Euro	%
Versorgung, Entsorgung und Verkehr			
1	GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen	6.300.000,00	42,00%
2	Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	311.320,00	8,07%
Stadtmarketing, Kultur und Freizeit			
3	Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH	25.564,59	100,00 %
4	Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Dortmund	6.181,33	2,47%
Gesundheits- und Sozialwesen			
5	Hellmig-Krankenhaus gGmbH	500.000,00	100,00 %
Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung			
6	TECHNOPARK KAMEN GmbH	52.151,77	51,00%
7	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	168.500,00	5,56%
8	Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	286.000,00	11,00%

**B. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Kamen**

Zur Transparenz aller Beteiligungen, die die Stadt Kamen an Unternehmen hält, ist auch die Information über mittelbare Beteiligungen von Bedeutung. Eine mittelbare Beteiligung liegt vor, wenn sich eine Gesellschaft, an der die Stadt Kamen Anteile hält, ihrerseits an anderen Gesellschaften beteiligt. Nicht gesondert ausgewiesen werden dabei die Unterbeteiligungen von überregionalen bzw. interkommunalen großen Unternehmen.

Unter Punkt V. „Darstellung der einzelnen Unternehmen“ sind derzeit lediglich die bedeutenden Unterbeteiligungen in gleicher Form wie die unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Kamen näher beschrieben. Als bedeutend werden diejenigen Beteiligungen angesehen, an denen die Stadt Kamen mittelbar noch mit mehr als 25 % beteiligt ist.

Darüber hinaus enthält die nachfolgende Tabelle Informationen über mittelbare Beteiligungen, die von ihrer Aufgabe und der Zusammensetzung der Anteilseigner enger mit der Stadt Kamen verbunden sind.

mittelbare Beteiligungen		Anteil am Stammkapital in...		mittelbare Beteiligungsquote der Stadt Kamen
		Euro	%	
<b>zu 1</b>	<b>über GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen</b>			
1a	GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH	250.000,00	100,00	42,00
	zu 1a: HeLi NET Verwaltung GmbH	34.000,00	24,00	10,08
	Zu 1 a: HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG	5.229.000,00	24,00	10,08
1b	GED Planungsgesellschaft für Immobilien i.L.	951.000,00	100,00	42,00
1c	Trianel Power Kraftwerk-Hamm-Uentrop GmbH & Co.KG	1.863.000,00	2,00	0,84
1d	Trianel Gasspeicher Epe mbH & Co. KG	382.000,00	2,00	0,84
1e	Energiehandelsgesellschaft West mbH	204.000,00	11,00	4,62
1f	TECHNOPARK KAMEN GmbH	8.180,67	8,00	3,36
1g	Fernwärme Niederrhein GmbH	800.000,00	5,00	2,10
1 h	SHL-Netz GmbH & Co.KG	140.000,00	28,00	11,76
1 i	SHL-Netz Verwaltungs GmbH	7.000,00	28,00	11,76
1 j	SHL Service GmbH	28.000,00	28,00	11,76
<b>zu 2</b>	<b>über Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH</b>			
2 a	VKU-Verkehrsdienst GmbH	25.600,00	100,00	8,07
<b>zu 4</b>	<b>über Radio U Betriebsgesellschaft mbH &amp; Co. KG</b>			
4a	Radio U Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	25.564,59	100,00	2,47
<b>zu 7</b>	<b>über Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH</b>			
7a	Technologiepark Schwerte GmbH	384.000,00	24,00	1,33
7b	LUNTEC GmbH	122.710,00	24,00	1,33
7c	Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH	8.181,00	16,00	0,89
7d	TECHNOPARK KAMEN GmbH	24.542,01	24,00	1,33

### III. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

Rechtsgrundlage für die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde sind die §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV.NRW.S. 498).

Der § 107 GO NRW unterscheidet zwischen wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Betätigung.

Nach § 107 Abs. 1 GO NRW ist als wirtschaftliche Betätigung der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Zulässig ist die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde dann, wenn

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- der öffentliche Zweck bei einem Tätigwerden außerhalb der Energie- und Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebs von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann. Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfaßt nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten der Telekommunikationsanlagen.

Ein öffentlicher Zweck liegt immer dann vor, wenn die Leistungen und Lieferungen eines Unternehmens im Aufgabenbereich der Gemeinde liegen und eine im öffentlichen Interesse gebotene Versorgung der Einwohner zum Ziel haben. Öffentlicher Zweck in diesem Sinne ist somit jede gemeinwohlorientierte, im öffentlichen Interesse der Einwohner liegende Zielsetzung, also die Wahrnehmung einer sozial-, gemeinwohl- und damit einwohnernützigen Aufgabe.

Weitere Voraussetzung ist, dass die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht. Die Voraussetzung entspricht dem allgemeinen Grundsatz, dass jede wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde sich in den Grenzen halten muss, die ihre Leistungsfähigkeit setzt. Erforderlich ist demzufolge ein Relation zwischen der allgemeinen Leistungsfähigkeit der Gemeinde einerseits und der konkreten (finanziellen) Beteiligung an einem Unternehmen andererseits.

Die Zulässigkeit wird über die Absätze 3 und 4 des § 107 GO NRW weiter eingeschränkt. So ist die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde außerhalb des Gemeindegebietes unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 nur zulässig, wenn die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt werden.

Darüberhinaus bestimmt § 107 Abs. 5, dass vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten ist. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zur Marktanalyse zu geben.

In § 107 Abs. 2 GO NRW werden folgende Einrichtungen aus dem Begriff der wirtschaftlichen Betätigung herausgenommen:

- Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist
- öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Erziehung, Bildung und Kultur, Sport oder Erholung und Gesundheits- oder Sozialwesen
- Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder Wohnraumversorgung dienen
- Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens
- Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Der Betrieb von Einrichtungen dieser Art gilt kraft Gesetzes als nichtwirtschaftliche Betätigung und ist somit nicht an die Zulässigkeitsvoraussetzungen aus § 107 Abs. 1 GO NRW gebunden.

#### **IV. Vertretung in den Gremien der Unternehmen**

Die Vertretung der Stadt Kamen in den Gremien der Unternehmen ist in § 113 GO NRW geregelt:

- Die Vertreter in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen und Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen.
- Sie werden vom Rat bestellt bzw. vorgeschlagen.
- Sie sind an Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden (kein freies Mandat).
- Sie haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen (Abberufungsmöglichkeit)

- Sind zwei oder mehr Vertreter zu bestellen, muss der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter dazu zählen.
- Bei Kapitalgesellschaften muss die Stadt Kamen darauf hinwirken, dass ihr bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.
- Die Vertreter haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten (Unterrichtungspflicht).
- Wird ein Vertreter aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat die Stadt Kamen ihm den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Stadt Kamen schadenersatzpflichtig, wenn sein Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat (Freistellungsansprüche).
- Die Vertreter sind primär gegenüber der Gesellschaft verpflichtet. Interessens-kollisionen sind nicht immer auszuschließen.

**V. Darstellung der einzelnen Unternehmen:**

## **Versorgung, Entsorgung und Verkehr**



## 1. GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

Poststr. 4  
59174 Kamen

Mit Datum vom 01.01.1995 führt die Firma den Namen „GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen/Bönen/Bergkamen“ (vormals Stadtwerke Kamen GmbH).

Die Gesellschaft wurde am 11.04.1995 im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abteilung B, Nr. 0518 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag (GV) ist gültig in der Fassung vom 07.03.2001.

### Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 Abs. 1 GV die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie der Betrieb von Freizeiteinrichtungen.

Nach Abs. 2 ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Kamen ist gem. § 107 Abs.1 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Energie- und Wasserversorgung – zulässig.

### Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 15,0 Mio. € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
<b>Stadt Kamen</b>	<b>6.300.000</b>	<b>42</b>
Stadt Bergkamen	6.300.000	42
Gemeinde Bönen	2.400.000	16

Die Zusammenarbeit der drei Kommunen in der Gesellschaft ist in einem Konsortialvertrag geregelt. Dieser erstmalig im Dezember 1994 geschlossenen Vertrag ist am 01.04.1999, am 02.07.2002 und erneut am 01.01.2005 neu gefasst worden.

## Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

### Geschäftsführung

Hermann Josef Görres (Vorsitzender)  
Klaus Soth

### Aufsichtsrat

#### **Vorsitzender**

Hans Jochen Baudrexl (1. Beigeordneter, Kamen)

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Hermann Hupe	(SPD)
Hans-Peter Mause	(SPD)
Jochen Müller	(SPD)
Manfred Wiedemann	(SPD)
Karsten Diederichs-Späh	(CDU)
Wilfried Weigel	(CDU)

### Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Petra Hartig	(SPD)
Friedhelm Lipinski	(SPD)
Heinrich Rickwärtz-Naujokat	(SPD)
Reinhard Hasler	(CDU)
Reiner Brüggemann	(Verwaltung)

### Präsidium

für die **Stadt Kamen** sind im Präsidium vertreten:

Hans Jochen Baudrexl

## Unternehmensergebnis 2006 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

### Bilanz

Aktivseite	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.846.482,07	2.024	2.001
II. Sachanlagen	97.047.206,58	103.623	118.672
III. Finanzanlagen	13.476.322,61	12.830	10.703
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	927.361,79	852	764
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.169.281,25	30.889	12.487
III. Wertpapier	21.694,57	533	14.543
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.960.243,51	11.042	6.668
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.989,18	3	3
	<b>149.456.581,56</b>	<b>161.796</b>	<b>165.841</b>
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	15.000.000,00	15.000	15.000
II. Kapitalrücklagen	15.582.747,39	15.583	15.583
III: Gewinnrücklagen	3.326.483,44	3.230	3.094
IV. Bilanzgewinn	894.354,38	894	894
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	839.238,55	103	0
C. Sonderposten wegen Investitionszuschüssen zum Anlagenvermögen	803.177,00	875	1.098
D. Baukosten- und Ertragszuschüsse	20.472.877,73	20.926	20.739
E. Rückstellungen	10.453.590,86	11.917	9.645
F. Verbindlichkeiten	82.063.612,21	93.247	99.768
G. Rechnungsabgrenzungsposten	20.500,00	21	20
	<b>149.456.581,56</b>	<b>161.796</b>	<b>165.841</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
1. Umsatzerlöse	128.027.023,18	95.441	81.833
2. andere Aktivierte Eigenleistungen	416.959,78	271	401
3. sonstige betriebliche Erträge	1.859.615,00	946	971
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	89.983.628,95	57.546	41.752
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.996.174,04	2.263	2.041
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	7.777.209,53	7.384	7.098
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2.386.416,46	2.219	2.631
davon Aufwendungen für Altersversorgung	(974.643,17)	(761)	(1.220)
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.971.609,70	10.199	12.651
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	13.916.994,20	12.142	9.458
8: Erträge aus Beteiligungen	125.000,00	103	0
9 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.528.691,47	2.445	761
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.015.502,22	4.906	4.606
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.909.751,33	2.547	3.729
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	988.256,65	1.926	2.301
13. sonstige Steuern	69.225,47	409	244
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	990.720,15	1.030	1.672
15. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	96.365,77	136	778
15. Bilanzgewinn	894.354,38	894	894

<b>Kennzahlen</b>	31.12.2006	2005	2004
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital	2,8	3,0	4,8
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität (Anlagevermögen * 100) : Bilanzsumme	75,2	73,2	79,2
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I (Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen	31,0	29,3	26,3
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	23,3	21,5	20,9

Die Umsatzerlöse teilen sich auf die einzelnen Sparten wie folgt auf:

Leistungsdaten GSW Umsatzerlöse nach Sparten	2006 T€	2005 T€	2004 T€
Stromversorgung	47.574	45.080	41.768
Erdgasversorgung	35.063	30.702	28.496
Wasserversorgung	2.798	2.648	2.662
Wärmeversorgung	5.270	4.754	4.202
Sonstige	37.322	12.257	4.705

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 34,1% gestiegen. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatten die höheren Erlöse aus der Strom- und Erdgasversorgung und der Verpachtung der Strom- und Erdgasnetze an die Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe Netz GmbH & Co. KG, die gegenüber dem Vergleichszeitraum erstmals für das gesamte Berichtsjahr entstanden.

### Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Das Wirtschaftsjahr 2006 verzeichnete eine Belebung der Konjunktur. Das reale Bruttoinlandprodukt erhöhte sich um 2,7% (Vorjahr: +0,9%). Wachstumsimpulse waren vor allem ein dynamischer Außenhandel und eine gestiegene Inlandsnachfrage.

Dieser Trend spiegelte sich auch im Geschäftsjahr der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen Bönen Bergkamen wieder, welches positiv verlaufen ist.

2006 war erneut geprägt durch die Anforderungen aus dem Zweiten Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) vom 13.07.2005.

Die einzelnen Geschäftsfelder haben sich in 2006 unterschiedlich entwickelt. Der wesentliche Teil der Unternehmenstätigkeit entfällt auf den Energiebereich.

In der Stromversorgungssparte ist ein Absatzanstieg von 5,2 % zu verzeichnen; die Umsatzerlöse haben sich entsprechend positiv entwickelt. Bei der Erdgasversorgung sind witterungsbedingt 2,9 % weniger abgenommen worden. Die Bezugskosten sind gegenüber dem Vorjahr überproportional gestiegen. Ein hohes Preisniveau und die damit verbundenen Energiesparbemühungen haben sich auf das Verbrauchsverhalten der Kunden ausgewirkt.

Neben den energiewirtschaftlich bedingten Veränderungen trugen erstmals auch die Erlöse aus der ganzjährigen Verpachtung und aus dem Netzbetrieb der Strom- und Erdgasnetze zum erheblichen Anstieg der Umsatzerlöse bei, die im Wesentlichen ergebnisneutral sind.

Die milde Witterung führte bei der Wärmeversorgung ebenfalls zu Absatzrückgängen, die das insgesamt positive Betriebsergebnis belastet haben.

Die abgegebene Trinkwassermenge an Endkunden lag nahezu auf dem Vorjahresniveau. Der Wasserpreis wurde zum 2. Quartal 2006 an die Bezugskostensteigerung zeitversetzt angepasst.

Trotz einer Steigerung der Besucherzahlen in den Einrichtungen der GSW von rd. 9 % auf 579.000 Besucher konnte der Anstieg des Betriebsverlustes in diesem Geschäftsfeld nicht verhindert werden.

Die Investitionen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr betreffen im Wesentlichen die Verdichtung und Erneuerung der Versorgungsnetze. Die Versorgungssicherheit und die hohe Qualität der Dienstleistungen werden dadurch sichergestellt.

Das Zinsergebnis 2006 verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 11 %, ausschlaggebend waren niedrige Zinsaufwendungen für die langfristigen Darlehen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme auf 149,5 Mio. € (-7,6%) verringert. Den Abschreibungen in Höhe 9,9 Mio. € standen Investitionen von 3,5 Mio. € gegenüber. Die Abschlagszahlungen der Kunden für Energie- und Wasserlieferungen entsprachen in etwa den Abrechnungsbeträgen der Jahresverbrauchsabrechnung und führten zu niedrigeren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bzw. bei den sonstigen Verbindlichkeiten zu geringeren Überzahlungen von Energie- und Wasserkunden.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen sind in voller Höhe aus den Abschreibungen finanziert worden; Fremdkapital wurde nicht aufgenommen. Die Tilgung der bestehenden Darlehen erfolgten planmäßig. Ein bestehendes Swapgeschäft wurde im Berichtsjahr durch einen Neuabschluss ersetzt.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 23,3 % (i.Vj. 21,5 %)

### **Telekommunikation**

Mit der Tochtergesellschaft GSWcom ist die GSW an der HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co.KG beteiligt. Das positive Geschäftsergebnis der HeLiNET in 2006 resultiert aus der Ausweitung der Geschäftsbereiche; gezielte Marketing- und Preisstrategien führten zu überdurchschnittlichem Kundenzuwachs.

### **Sonstige Geschäftsanteile**

- Die GSW hat die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes bereits mit Gründung der SHL Hellweg-Lippe Netzgesellschaft GmbH & Co. KG zum 01.10.2005 umgesetzt. Die Gründung der Netzgesellschaft und die damit verbundenen Dienstleistungs- und Pachtentgelte wirken sich nun erstmalig ganzjährig in der Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2006 aus. Dementsprechend sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 35,6 % auf 129,4 Mio. € gestiegen.
- Der aktive Wachstumskurs bei den Beteiligungen der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH spiegelt sich in den Finanzinvestitionen wider. Wesentlicher Zugang im Jahr 2006 ist die Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co.KG, mit der ein

flexiblerer Einsatz der Erdgasbezugsmengen erreicht werden soll.

- Infolge der Abwicklung des Projektes „Kamen Karree“ wurde die GED Planungsgesellschaft für Immobilien mbH im Wirtschaftsjahr 2006 aufgelöst. Die Anteile an verbundene Unternehmen enthalten die Beteiligung an der GED GmbH i.L.

### Personalbestand

Anzahl der Angestellte	119
Anzahl der gewerblichen Mitarbeiter	52
Saisonkräfte	3

### Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet für Verluste der Gesellschaft bis zur Höhe ihrer Einlage von 6.300.000 €

Der Jahresüberschuss beträgt 1,0 Mio. € an die Gesellschafter sollen wie im Vorjahr 0,9 Mio. € ausgeschüttet werden. Für die Stadt Kamen ist dies ein Betrag in Höhe von 336.000,00 €

### Konzessionsabgaben

Die für das Jahr 2006 von der GSW geleisteten Konzessionsabgaben für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme in Höhe von insgesamt 2.409.185,20 € stellen eine wesentliche Einnahmeposition im Haushalt der Stadt Kamen dar.

### Bürgschaften

Die Stadt Kamen hat

- im Jahr 1991 durch Übernahme der seinerzeit zugunsten des Eigenbetriebs Stadtwerke aufgenommenen Kommunaldarlehen
- im Jahr 1996 zum Kauf der Mittel- und Niederspannungs-Stromversorgungsanlagen und der dazugehörigen Immobilien mit Zubehör von der VEW Energie AG und
- im Jahr 1999 zur Sicherung von Darlehen im Rahmen der Finanzierung der laufenden Investitionen und des Kaufs der Erdgasnetze in Bergkamen und Bönen

Ausfallbürgschaften zugunsten der GSW in Höhe von insgesamt 38.858.410,99 € übernommen. Das verbürgte Restkapital betrug am 31.12.2006 noch 10.854.212,26 €.

### Ausblick

Nach der Beteiligung an der Trianel Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co.KG und der Trianel Power Kraftwerk Hamm-Uentrop GmbH & Co.Kg ist für das Frühjahr 2007 eine Beteiligung an der Trianel European Energie Trading GmbH, der ehw Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH und ehw Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG vorgesehen. Durch den Erwerb von Geschäftsanteilen an Unternehmen

des Energiehandels, der Energieerzeugung und der Energiespeicherung soll zu einer langfristigen optimierten Beschaffungsstruktur beitragen und die Wertschöpfungskette erweitert werden.

Insgesamt geht die GSW im Geschäftsjahr 2007 von einer weiterhin positiven Entwicklung des Geschäftes aus. Einschnitte bei den Netzentgelten können künftig zu rückläufigen Unternehmensergebnissen führen, die nur mit Verbesserungsmaßnahmen und Einsparungen in allen Unternehmensbereichen zu kompensieren sind.

Die insgesamt kritische Einstellung der Öffentlichkeit zur Struktur und Preispolitik der Energiebranche wird auch die Ergebnisentwicklung der GSW beeinflussen, weil unvermeidbare Kostensteigerungen nur schwer an den Endkunden weitergegeben werden können.

Im Jahr 2007 werden die Netzentgelte für das Jahr 2008 durch die Bundesnetzagentur (BnetzA) festgelegt. Neben der zweiten Entgeltgenehmigungsrunde wird auch die danach beginnende Anreizregulierung zu weiteren Preissenkungen führen. Maßstab für die Erlösbergrenzen ist dann nicht mehr nur die individuelle Kostenbasis, sondern Effizienzvorgaben, die sich aus einem Benchmark aller Netzbetreiber ergeben. Dem wird die GSW durch eine permanente Optimierung begegnen müssen, um die ungewisse Ertragslage der nächsten Jahre zu stabilisieren.

Trotz der bereits bestehenden Einschränkung der kommunalen Unternehmen plant die Landesregierung in NRW, die Auflagen für die wirtschaftliche Betätigung zu verschärfen. Dadurch wird die im Wettbewerb notwendige Entwicklungsmöglichkeit der GSW erheblich eingeschränkt.

Die Arrondierung der kommunalen Wasserversorgung im Geschäftsbereich der GSW, beginnend ab dem 01.01.2009, befindet sich in der konkreten Planungs- und Bewertungsphase. Bis zum Ende des Jahres 2007 erwarten wir entscheidungsreife Ergebnisse.

Bis zum Jahresende wird auch über die Fortführung der Wärmelieferung für die Versorgung der Innenstadt von Bergkamen und damit über die Beteiligung an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH nach 2010 zu entscheiden sein. Gespräche über künftige Kooperationen werden fortgesetzt.

Der Betriebsaufwand wird durch Kostenmanagement optimiert. Insbesondere durch den Wechsel der Zusatzversorgungskasse werden 2007 Einsparungen bei den Personalkosten realisiert. Durch rechtzeitige Anpassungen der Darlehns- und Swapkonditionen wird auch künftig der Zinsaufwand begrenzt.

Die Kunden der GSW von der Leistungsfähigkeit und den Vorzügen der ortsnahen Versorgung zu überzeugen, soll auch in Zukunft durch Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitigem Engagement für die beteiligten Kommunen gelingen.

## **1a. GSWcom-Vertriebsgesellschaft mbH**

Poststr. 4  
59174 Kamen

Die Gesellschaft wurde am 17.06.1999 gegründet. Der Rat der Stadt Kamen hat der Gründung der GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH in seiner Sitzung am 25.03.1999 zugestimmt.

### **Gesellschaftszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und der Vertrieb von Kommunikationsdienstleistungen.

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Kamen ist gem. § 107 Abs.1 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Betrieb von Telekommunikationsleitungsnetzen einschl. der Telefondienstleistungen – zulässig.

### **Beteiligungsverhältnisse**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 250.000,00 €. Alleinige Gesellschafterin ist die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen.

Die Stadt Kamen ist mittelbar über die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen mit 42% an der an der GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH beteiligt.

### **Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft**

#### **Geschäftsführung**

Hermann Josef Görres            (Vorsitzender)  
Klaus Soth

#### **Gesellschafterversammlung**

Die Geschäftsführung der GSW bildet die Gesellschafterversammlung der GSWcom.

#### **Beirat der Gesellschaft**

*Mitglieder der **Stadt Kamen***

Hans-Jochen Baudrexl            (Verwaltung)

Hermann Hupe                      (BM)

## Unternehmensergebnis 2006 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

### Bilanz

Aktivseite	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen			
Beteiligungen	952.269,30	952	953
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.385,21	4	1
	<b>956.654,51</b>	<b>956</b>	<b>954</b>
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00	250	250
II. Kapitalrücklagen	700.829,51	701	701
B. Rückstellungen	2.800,00	0	0
C. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.025,00	5	3
	<b>956.654,51</b>	<b>956</b>	<b>954</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	2.660,50	3	0
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.660,50	3	0
3. Jahresergebnis	0,00	0	0

### Lagebericht

Das operative Geschäft betreibt die HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG, an der die GSWcom zu 24 % beteiligt ist.

Das positive Geschäftsergebnis der HeLi NET in 2006 resultiert aus der Ausweitung der Geschäftsbereiche; gezielte Marketing- und Preisstrategien führen zu überdurchschnittlichem Kundenzuwachs.

An der HeLi NET Verwaltung GmbH und an der HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG sind die Gesellschafter wie folgt beteiligt:

		HeLi NET Verwaltung GmbH	HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co.KG
	Anteil 31.12.2006	Stammkapital	Kommanditkapital
Ahlencom	11,2 %	2.800,00 €	7.850,00 €
GSWcom	24,0 %	6.050,00 €	16.850,00 €
Hamcom	36,5 %	9.150,00 €	25.600,00 €
LünTel	18,5 %	4.650,00 €	13.000,00 €
Soestcom	9,8 %	2.450,00 €	6.900,00 €
	<b>100,0 %</b>	<b>25.100,00 €</b>	<b>70.200,00 €</b>

### Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen ist alleinige Gesellschafterin der GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH. Zwischen beiden Gesellschaften wurde am 22.04.1999 ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Hiernach ist die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH verpflichtet, die Verluste der GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH in vollem Umfang zu tragen.

Die Stadt Kamen ihrerseits haftete wiederum für Verluste der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen bis zur Höhe ihrer Einlage von 6.300.000,00 €.

### Ausblick

Die HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co.KG beabsichtigt, ihre Geschäftsbereiche auf weitere Städte auszuweiten.

Bei der Gesellschaft ist im Berichtsjahr ein Tätigkeitsbereich zur ganzheitlichen Informationstechnik und Telekommunikation (ITK) eingerichtet worden.

Ziel der HeLi NET Telekommunikation mbH & Co.KG ist es, einen angemessenen Jahresüberschuss zu erzielen, um das Eigenkapital zu stärken und die Fremdverschuldung abzubauen.



## 2. Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Lünener Str. 13  
59174 Kamen

Die Gesellschaft wurde am 27. Juli 1908 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abteilung B, Nr. 0004 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 22.08.2001.

### Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 1 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Förderung des öffentlichen Verkehrs – zulässig.

### Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 3.856.100,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Kreis Unna	968.180,00	25,11
Westf. Verkehrsgesellschaft mbH, Münster	966.990,00	25,08
Stadt Lünen	632.050,00	16,39
Stadt Unna	353.910,00	9,18
<b>Stadt Kamen</b>	<b>311.320,00</b>	<b>8,07</b>
Stadt Bergkamen	296.030,00	7,68
Stadt Werne	197.970,00	5,13
Gemeinde Bönen	53.220,00	1,38
Gemeinde Holzwickede	42.280,00	1,10
Stadt Selm	34.150,00	0,89

## Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

### Geschäftsführung

Zwischen der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) und der VKU besteht ein Geschäftsführungsvertrag, wonach die Aufgaben der Geschäftsführung von der WVG wahrgenommen werden.

Geschäftsführer der VKU sind

Dr.-Ing. Eberhard Christ  
Dipl.-Kfm. Dieter Eichner (Stellvertreter)

### Aufsichtsrat

#### **Vorsitzender**

Michael Makiolla (Landrat, Kreis Unna)

#### **1. stellv. Vorsitzender**

Dr. Hans-Ulrich Predeick (1. Landesrat, LWL Münster)

#### **2. stellv. Vorsitzender**

Rainer Schmeltzer (Gewerkschaftssekretär)

für die **Stadt Kamen** ist im Aufsichtsrat vertreten:

Hans-Jochen Baudrexl (Verwaltung)

### Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Günter Stahlhut † (SPD)

## Unternehmensergebnis 2006 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

### Bilanz

Aktivseite	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	76.739,76	79	97
II. Sachanlagen	8.914.132,74	8.909	7.925
III. Finanzanlagen	117.713,61	114	99
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	181.820,23	198	149
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.437.583,32	12.877	10.427
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	407.213,97	139	21
C. Rechnungsabgrenzungsposten	74.495,74	74	77
	<b>21.209.699,37</b>	<b>22.390</b>	<b>18.795</b>
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.856.100,00	3.856	3.856
II. Kapitalrücklagen	800.145,66	800	800
B. Rückstellungen	3.254.930,00	3.501	2.664
C. Verbindlichkeiten	13.298.523,71	14.233	11.475
	<b>21.209.699,37</b>	<b>22.390</b>	<b>18.795</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
1. Umsatzerlöse	16.745.182,37	16.245	15.093
2. sonstige betriebliche Erträge	598.984,67	495	538
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.472.738,74	2.239	1.928
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.645.757,42	7.290	6.055
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.753.313,74	7.157	7.020
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.454.709,29	1.534	1.531
c) Aufwendungen für Altersversorgung	543.156,09	536	493
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.365.504,15	1.270	1.259
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.742.115,63	1.681	1.924

7: Erträge aus Beteiligungen	72,00	72	72
8 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.232,19	111	335
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	454.375,07	409	437
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.086.198,90	-5.265	-4.681
11. sonstige Steuern	13.543,26	12	12
12. Erträge aus Verlustübernahme	5.099.742,16	5.277	1.576
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0	-3.117

Kennzahlen	31.12.2006	2005	2004
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	- 109,2	- 113,1	- 100,5
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität (Anlagevermögen * 100) : Gesamtvermögen)	42,9	40,7	43,2
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I (Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	51,1	51,2	57,3
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	22,0 %	20,8 %	24,8 %

Leistungsdaten Personenverkehr	2006	2005	2004
Fahrgastzahlen nach Ertragsstatistik			
- Jedermannverkehr	5.254	5.196	4.352
- Ausbildungsverkehr	6.227	6.103	7.012
- Gesamtverkehr	12.936	12.780	12.774
Verkehrsnetz			
- Linienlänge gesamt in km	2.216	2.161	1.914
- Anzahl der Linien gesamt	114	114	106
Omnibusse	173	170	153
Betriebsleistung			
Wagen-km Omnibus gesamt in Tsd	7.599	7.534	6.827

Die VKU beförderte im Berichtsjahr 12.935.600 Fahrgäste. Das waren 1,2% mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs wurde im Wesentlichen im sogenannten Freiverkauf an Schüler und Auszubildende erzielt. Der Verkauf an Schulträger war leicht rückläufig.

An einem Schultag benutzten im Mittel 33.500 Schüler die Busse der VKU.

## Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Der Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres wurde aufgrund entsprechender Deckungszusagen erfolgswirksam vereinnahmt, so dass die Gesellschaft mit einem ausgeglichenem Ergebnis abschließt.

Die Erträge aus Fahrscheinverkäufen im Linienverkehr stiegen um 10,3 % auf rd. 10,7 Mio. EUR. Neben den Tarifierhöhungen und dem Fahrgastplus wirkten sich verbesserte Einnahmeansprüche aus dem Verkauf des FlashTicket und FlashTicketplus für die VKU positiv aus. Die erfreulichen Einnahmezuwächse wurden teilweise kompensiert durch den weiteren Rückgang der staatlichen Ausgleichsleistungen gemäß § 45a PBefG. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr betrug 566 TEUR.

Die Omnibusse der VKU und der privaten Anmietpartner fuhren im Jahr 2006 für ihre Fahrgäste 7.600.000 km (+0,9 %). Die Kosten der Produktion konnten mit Ausnahme der Aufwendungen für Dieselmotorkraftstoff und die Kapitalkosten stabil gehalten werden.

Da insbesondere die großen Kostenblöcke für das Personal und den Einkauf privater Betriebsleistungen (43 % der Gesamtproduktion) leicht zurückgingen, stiegen die Gesamtkosten nur um 1,4%.

Aus den abgewickelten Beteiligungen an RWE AG und Gelsenwasser AG wurde im Vorjahr letztmalig ein Ertrag von 110 TEUR vereinnahmt.

## Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter im Personenverkehr	211
Anzahl Auszubildende	5

## Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet für Verluste der Gesellschaft bis zur Höhe ihrer Einlage von 311.320 €

An die VKU wurde seitens der Stadt Kamen ein Zuschuss zum Zwecke des Verlustausgleichs in Höhe von 548.936,00 € gezahlt.

Es besteht eine Verlustabdeckungsvereinbarung aus dem Jahre 1993 zwischen dem Kreis Unna und den übrigen Gesellschaftern (ohne WFG), wonach die jährlichen Verluste über den Kreishaushalt abgewickelt werden. 50 % werden – nach dem Betriebsleistungsschlüssel abgerechnet – von den beteiligten Gemeinden an den Kreis Unna erstattet. Der Handelsbilanzverlust wird dabei vor der eigentlichen Verlustabdeckung um die individuelle Abrechnung der Schülerlinienverkehrs reduziert.

An Schülerbeförderungskosten wurden von der Stadt Kamen 690.452,19 € an die VKU erstattet.

## Ausblick

Das vorgegebene Ziel von jährlichen Einsparungen in der Größenordnung von 1,5 Millionen Euro ist zu rund zwei Dritteln erreicht.

Die kostensenkenden Maßnahmen befinden sich planmäßig in der Umsetzung.

Auf der Ertragsseite sind bereits weitere Tarifierhöhungen beschlossen worden, um den verstärkten Rückgang der staatlichen Ausgleichsleistungen und den Anstieg der Energiekosten zu kompensieren.

## **Stadtmarketing, Kultur und Freizeit**



### **3. Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH (KBG)**

Rathausplatz 2 - 4  
59174 Kamen

Die Gesellschaft wurde am 24.06.1993 im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abteilung B, Nr. 0692 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 02.02.1995.

#### **Gesellschaftszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsführung der Kamener Stadthalle (Bereitstellung und Organisation von Räumen einschl. aller technischen und sonstigen notwendigen Einrichtungsgegenstände, Inventar und Personal zur Durchführung von Veranstaltungen jeglicher Art, die im Interesse der Stadt Kamen liegen).

Die wirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung NRW – Kulturförderung – zulässig.

#### **Beteiligungsverhältnisse**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt **25.564,59 €** Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Kamen.

#### **Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft**

##### **Geschäftsführung**

Franz-Peter Hermann

##### **Aufsichtsrat**

##### **Vorsitzender**

Heinrich Behrens	bis 12/06	(SPD)
Kaja Gercek	ab 12/06	(SPD)

##### **1. stellv. Vorsitzender**

Franz Hugo Weber (CDU)

**2. stellv. Vorsitzender**

Jens Betke (Techniker, KBG)

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Gabriele Bartosch (SPD)  
 Christel Ciecior (SPD)  
 Astrid Gube (SPD)  
 Ursula Müller (SPD)  
 Ingrid Borowiak (CDU)  
 Rüdiger Plümpe (CDU)

Hermann Hupe (BM)  
 Hans-Jochen Baudrexl (Verwaltung)

**Gesellschafterversammlung**

für die **Stadt Kamen** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Joachim Eckardt (SPD)  
 Wilfried Weigel (CDU)

Reiner Brüggemann (Beigeordneter, Dez. II)

**Unternehmensergebnis 2006 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks**

**Bilanz**

Aktivseite	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.828,00	5	7
II. Sachanlagen	147.980,00	130	120
B. Umlaufvermögen			
I. Waren	12.304,16	9	9
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	409.281,93	380	204
III. Kassenbestand	7.734,79	6	6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	31.971,60	20	15
	<b>613.100,48</b>	<b>550</b>	<b>354</b>

Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	26	26
B. Sonstige Rückstellungen	7.500,00	8	10
C. Verbindlichkeiten	580.035,89	516	315
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	3
	<b>613.100,48</b>	<b>550</b>	<b>354</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
1. Umsatzerlöse	764.631,72	632	746
2. sonstige betriebliche Erträge	32.407,34	17	16
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	321.006,94	228	245
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	213.989,89	156	181
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	354.337,97	385	381
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	83.234,33	85	98
davon Aufwendungen für Altersversorgung	(26.164,02)	(30)	(30)
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	32.022,00	25	22
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	156.348,88	148	147
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.482,26	20	13
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	391.383,21	398	325
9. sonstige Steuern	672,00	1	0
10. Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	392.055,21	399	325
11. Erträge aus Verlustübernahme	392.055,21	399	325
	0,00	0	0

Kennzahlen	31.12.2006	2005	2004
1. Ertragslage	-1531,0	-1530,8	- 1250
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital			
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität (Anlagevermögen * 100) : Gesamtvermögen	24,8	24,5	33,9
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I (Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen	16,8	19,3	21,7
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	4,2	4,7	7,3

Leistungsdaten KBG	2006	2005	2004
Umsatzerlöse in T €			
- Umsatzerlöse Gastronomie	497	366	454
- Verpachtung Gastronomie	331	32	33
- Personalgestellung und Anlagenvermietung	109	112	120
- Veranstaltungen/Messen	79	76	101
- Nebenleistungen	49	46	38

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden in der Kamener Stadthalle 133 Veranstaltungen mit 13 zusätzlichen Aufbau- und Probentagen im Saalbereich statt. An 76 Tagen wurde der Konferenzbereich für Meetings und Feiern zur Verfügung gestellt. Insgesamt besuchten 61.000 Gäste die Kamener Stadthalle. Das mietkostenfreie Angebot nutzen Kamener Vereine und Verbände für 17 Veranstaltungen. Es wurden für 10 Außerhaus-Veranstaltungen und für 61 kulturelle Veranstaltungen in der Konzertaula die technische und gastronomische Betreuung durchgeführt.

### Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Die Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH konnte die im Wirtschaftsplan gesteckten Ziele trotz einer positiveren Entwicklung der Umsatzerlöse um 21 % auf 765 T € nicht erreichen. Auf Grund von Erhaltungsaufwendungen und Ersatzbeschaffungen konnte nur eine Ergebnissverbesserung um 7 T € erzielt werden.

### Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter Vollzeit	5
Anzahl der Mitarbeiter Teilzeit	3
Auszubildende	2

### Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet für Verluste der Gesellschaft bis zur Höhe ihrer Einlage von 25.564,59 €.

Für das Jahr 2006 wurden 392.055,21€ zum Zwecke des Verlustausgleichs seitens der Stadt Kamen an die Gesellschaft gezahlt.

Aus der Verpachtung der Stadthalle an die KBG flossen der Stadt Kamen 30.677,50 € zu.

## Ausblick

Aufgrund der bereits durchgeführten Veranstaltungen wird im Wirtschaftsjahr 2007 eine Verbesserung des Jahresergebnisses erwartet, obwohl es zu keiner Erhöhung der Umsatzerlöse kommen wird.



#### **4. Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Dortmund**

Westenhellweg 86-88  
44137 Dortmund

Betriebsstätte:  
Antenne Unna Radio und Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG.  
Mozartstr. 1  
59425 Unna

Die Gesellschaft ist mit Gesellschaftsvertrag vom 17.01.1991 unter der Firma Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG gegründet und am 15.01.1991 im Handelsregister beim Amtsgericht Dortmund, Abteilung A, Nr. 12756 eingetragen worden.

Die Gesellschaft hat die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft in der Sonderform der GmbH & Co. KG. Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 17.01.1991.

#### **Gesellschaftszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zu Verfügung zu stellen;
- der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen
- für die Veranstaltergemeinschaft den in § 74 des Landesmediengesetzes genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vornehmen.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung NRW – Kulturförderung – zulässig.

## Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 250.000,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in...	
	€	%
<b>A. Kommanditisten</b>		
Ruhr-Nachrichten Verlag & Co. KG	80.500,00	32,20
Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co. KG	48.600,00	19,44
Graphische Betriebe F.W. Rubens GmbH & Co. KG	44.825,00	17,93
Westfäl. Anzeiger Verlagsgesellsch. mbH & Co. KG	13.575,00	5,43
Kreis Unna	12.362,63	4,95
Gemeinde Holzwickede	3.434,06	1,37
Gemeinde Bönen	3.434,06	1,37
Stadt Schwerte	6.181,33	2,47
Stadt Bergkamen	6.181,33	2,47
Stadt Lünen	8.928,57	3,58
<b>Stadt Kamen</b>	<b>6.181,33</b>	<b>2,47</b>
Stadt Fröndenberg	3.434,06	1,37
Verkehrsbetriebe Unna GmbH	12.362,63	4,95
<b>B. Komplementär</b>		
Radio U. Betriebs- u. Verwaltungsgesellschaft mbH	ohne Einlage	

## Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

### Geschäftsführung

Gem. § 14 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages werden die Geschäfte der Gesellschaft durch die Komplementärin geführt. Die Komplementärin ist gem. § 4 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Radio U Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mit Sitz in Dortmund, Amtsgericht Dortmund, HRB 92 12. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft berechtigt und verpflichtet.

Lothar Busemann (Geschäftsführer) bis 31.03.2006  
 Marco Morocutti (Geschäftsführer) ab 01.04.2006

### Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Reiner Brüggemann (Verwaltung)

## Unternehmensergebnis 2006 – Erfüllung des Gesellschaftszwecks

### Bilanz

Aktivseite	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	428,00	1	2
II. Sachanlagen	78.554,00	102	102
III. Finanzanlagen	26.189,23	26	26
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	235.304,17	207	270
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	573.870,49	579	580
	<b>914.345,89</b>	<b>915</b>	<b>980</b>
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Kapitalanteile	282.932,43	256	279
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	26.189,23	26	26
C. Rangrücktrittsdarlehen der Gesellschafter	258.266,82	258	258
D. Rückstellungen	91.160,00	88	88
E. Verbindlichkeiten	255.797,41	287	329
	<b>914.345,89</b>	<b>915</b>	<b>980</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
1. Umsatzerlöse	1.387.501,52	1.351	1.371
2. sonstige betriebliche Erträge	130.060,12	180	117
3. Aufwendungen aus Kostenerstattungen an die Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Unna e.V.	784.361,61	864	751
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	47.666,73	54	48
b) soziale Abgaben	10.882,87	13	9
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	42.321,09	36	46
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	597.576,47	574	497
7. Zinsen und ähnliche Erträge	9.178,95	8	10
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.553,25	21	57
9. Jahresüberschuss (Jahresfehlbetrag)	26.378,57	-23	90

Kennzahlen	31.12.2006	2005	2004
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital	9,3	-5,3	32,3
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität (Anlagevermögen * 100) : Gesamtvermögen	8,6	11,1	10,4
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I (Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen	360,2	250,0	273,5
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	30,9	28,0	28,5

Leistungsdaten Radio U	2006	2005	2004
Umsatzerlöse in T €			
- Erlöse aus Rundfunkwerbung	1.341	1.324	1.346
- Erlöse aus Spotproduktion	47	27	25

### Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 2,7 % gestiegen, wobei die Zunahme der Erlöse aus Verbundwerbung um 109 T€ für diese positive Entwicklung verantwortlich ist. Die Gesellschaft hat hier in starkem Maße von Vermittlungen des Nachbarsenders Radio 91.2 profitiert. Das Niveau der Werbeeinnahmen aus dem Verarbeitungsgebiet ist allerdings aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen nach wie vor als zu niedrig zu bezeichnen. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der Sonderwerbformen.

Die Reichweite des Senders Antenne Unna war in 2006 rückläufig. Die für die Ausschüttung des Rahmenprogrammanbieters radio NRW maßgebliche durchschnittliche Stunde sank von 4,9% auf 4,6%. Dieser Quotenrückgang in Verbindung mit der schlechten Entwicklung von radio NRW im Jahr 2006 bedeutete für die Gesellschaft ein Minus von rund 86 T€ bei der von radio NRW ausgezahlten Vertriebsprovision, welches nur durch den beschriebenen positiven Trend bei den Erlösen aus Verbundwerbung ausgeglichen werden konnte.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist unverändert unbefriedigend, da diese sich nicht nur aus dem Eigenkapital, sondern aus erheblichen Darlehen der Gesellschafter finanziert.

Der Jahresüberschuss 2006 beträgt 26 T€, während im Vorjahr ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 23 T€ realisiert wurde. Die Verbesserung des Jahresergebnisses ist im Wesentlichen verursacht durch die Verringerung der Aufwendungen für Kostenerstattungen an die Veranstaltergemeinschaft um 80 T€ und die Erhöhung der Umsatzerlöse um 37 T€. Diesen Verbesserungen stehen die Verringerung der

sonstigen betrieblichen Erträge um 50 T€ und die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 24 T€ gegenüber.

Die Verringerung der Aufwendungen für Kostenerstattungen an die Veranstaltergemeinschaft um 80 T€ beruht hauptsächlich auf den Abnahmen der Sende- und Leitungskosten um 32 T€ und der Abfindungen um 27 T€

## Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter 3

## Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet für Verluste der Gesellschaft bis zur Höhe ihrer Einlage von 6.181,33 €

Gewinne oder Verluste der Gesellschaft werden entsprechend ihrer Anteile auf die Gesellschafter verteilt und verrechnet.

Gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter entsprechend ihrer Beteiligungsquote der Betriebsgesellschaft Darlehen zu Verfügung gestellt. Die Gesellschafterversammlung hat den Gesellschaftern grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet, ihre Darlehensanteile mit Verlusten der Radio U Betriebsgesellschaft zu verrechnen. Die einzelnen privaten Kommanditisten haben davon Gebrauch gemacht. Ihre Darlehenskonten wurden aufgelöst und in Höhe der aufgelösten Darlehenskonten wurden Kapitalrücklagen gebildet.

Die Stadt Kamen hält unverändert den vollen Betrag als Gesellschafterdarlehen. Der Darlehensstand zum 31.12.2006 beträgt 25.542,68 €

Für die kommunalen Kommanditisten, die ihre Gesellschafterdarlehen in unveränderter Form weiterführen, werden Gewinne und Verluste auf den Verlustvortragskonten gebucht. Der Stand des Verlustvortragskontos der Stadt Kamen zum 31.12.2006 betrug –18.318,15 € (Vorjahr –18.969,70 €). Das Verlustvortragskonto wird nicht verzinst.

Die Gesellschafter haben am 02. November 1998 beschlossen, dass die Darlehenskonten ab dem 01. Dezember 1998 nur in Höhe der Differenz zwischen den Darlehenskonten und den Verlustvortragskonten verzinst werden. Im Jahr 2006 haben sich für die Stadt Kamen Zinsen in Höhe von 328,65 € ergeben. Die Zinsen werden gemäß § 8 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages den Privatkonten der Gesellschafter gutgeschrieben.

Die Privatkonten der Gesellschafter wurden im Haben mit 5 % p.a. verzinst. Im Jahr 2006 sind Zinsen in Höhe von 49,76 € angefallen. Der Privatkontostand der Stadt Kamen zum 31.12.2006 betrug 1.302,75 €

Die vom Guthaben gezahlte Zinsabschlagsteuer sowie der Solidaritätszuschlag der Stadt Kamen für 2006 belaufen sich auf 70,79 €

## Ausblick

Nach dem bisher umsatzstärksten Jahr 2005 von radio NRW sank die Ausschüttung von radio NRW an die Betriebsgesellschaften in diesem Jahr um 15,5 %. Die gleichzeitig rückläufige Reichweite von Antenne Unna hatte zur Folge, dass die an die Gesellschaft ausgezahlten Vertriebsprovisionen gegenüber dem Vorjahr um 19,2% gesunken ist. Die weite Entwicklung von radio NRW ist von der Gesellschaft nicht beeinflussbar. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Provision 2007 die Provision des Berichtsjahres nicht unterschreiten wird. Laut E.M.A. 2007 I ist die durchschnittliche Stundenreichweite von Antenne Unna von 4,6% auf 5,9 % gestiegen. Antenne Unna wird damit im Jahr 2007 einen höheren Anteil an der radio NRW-Provision erhalten als im Vorjahr.

Der spürbare konjunkturelle Aufwind gegen Ende des Jahre 2006 sowie die stark abverkaufsorientierte Werbung im IV. Quartal vor dem Hintergrund der Mehrwertsteuererhöhung waren dafür verantwortlich, dass sich der lokale Werbezeitenverkauf des Senders insgesamt positiv entwickelt hat. Die Rahmenbedingungen für den lokalen Werbezeitenverkauf im Kreis Unna werden sich grundsätzlich auch 2007 nicht wesentlich verändern.

Die hohe Fluktuation bzw. der relativ geringe Kundenbindungsgrad unter den lokalen Werbekunden erschweren eine zuverlässige Aussage über die zukünftige Entwicklung. Nach Beurteilung des derzeitigen Auftragsbestandes für das Jahr 2007 ist jedoch davon auszugehen, dass die lokalen Erlöse sich in diesem Jahr weiter positiv entwickeln werden.

Da die Gesellschaft ausschließlich Einnahmen aus dem lokalen Verkauf von Funkwerbung sowie aus den Vertriebsprovisionen von radio NRW erzielt, stellt die beschriebene Prognose das wesentliche kurzfristige wirtschaftliche Gefährdungspotential der Gesellschaft dar. Unter den gegebenen Voraussetzungen wird es mittelfristig nicht möglich sein, den seit Gründung der Gesellschaft aufgelaufenen Verlustvortrag vollständig auszugleichen bzw. von den Gesellschaftern gewährten Darlehen zurückzuzahlen.

Der deutsche Funkwerbemarkt ist zahlreichen Einflüssen konjunktureller Art, dem allgemeinen Werbeklima und dem Image bei den potentiellen Kunden unterworfen. In nur seltenen Fällen ist Funkwerbung für die Werbetreibenden ein Basismedium, sondern meistens ein Ergänzungsmedium. Außerdem ist das Werbeverhalten der Branchen und einzelner Unternehmen unüberschaubar geworden. Die Zeithorizonte der Werbestrategien verkürzen sich und der Werbeeinsatz wird bei vielen Firmen noch spontaner geplant. Mehrjährige Zukunftsprognosen können daher nicht getroffen werden.

Die gestiegene Hörerakzeptanz, der Relaunch des Senders zum 01. Mai 2007 sowie die weiter kräftige Konjunktur sind die wesentlichen Chancen für eine weitere positive Entwicklung des lokalen Werbezeitenverkaufs der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007.

Am 16. Juni 2006 hat die internationale Fernmeldebehörde (ITU) im Rahmen der „Regional Radiocommunications Conference RRC-06“ die Neuordnung des Rundfunkfrequenzspektrums beschlossen. Mit dem neuen Wellenplan sind die Weichen für den Übergang von der analogen auf die digitale Sendetechnik im Hörfunk gestellt. Durch die Digitalisierung steht zukünftig ein Mehr an Frequenzen zur

Verfügung. Der NRW-Lokalfunk wird daher mit einer bisher ausgeschlossenen Wettbewerbssituation konfrontiert. Inzwischen besteht bei den Experten Einigkeit dahingehend, dass der Digitalisierungsprozess bei der Übertragung von Medieninhalten unumkehrbar ist.

Der vollständige Umstieg von der analogen auf die digitale Übertragungstechnik wird zwar erst nach einem Zeitraum des Parallelbetriebs möglich sein. Es gilt aber bereits heute, für die NRW-Hörfunklandschaft Konzepte für den Parallelbetrieb von analog und digital sowie für den endgültigen Umstieg auf die Digitalität zu erarbeiten. Sicher ist, dass der NRW-Lokalfunk in seiner heutigen Form in der digitalen Welt nicht fortbestehen wird. Insbesondere aufgrund der sich ergebenden Wettbewerbssituation und der noch vorherrschenden Planungsunsicherheit besteht hier ein wirtschaftliches Gefährdungspotential für die Berichtsgesellschaft.



## **Gesundheits- und Sozialwesen**



## 5. Hellmig-Krankenhaus Kamen gGmbH

Nordstraße 34  
59174 Kamen

Die Gesellschaft ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie führt die Firma „Helmig-Krankenhaus Kamen gGmbH“.

Die Gesellschaft wurde am 10.06.2005 im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abteilung B, Nr. 5402 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag (GV) ist gültig in der Fassung vom 02.06.2005.

### Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 Abs. 1 GV die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, .des Wohlfahrtswesens und der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens erfolgt insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung vor allem durch ambulante, vor-, nach-, teil- und vollstationäre Krankenversorgung mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten.

Zur Förderung des Wohlfahrtswesens kann die Gesellschaft im Rahmen des Aufbaus vernetzter Strukturen ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeangebote aufbauen und/oder sich an solchen beteiligen.

Die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung erfolgt insbesondere durch Bereithaltung theoretischer und/oder praktischer Lehrangebote, insbesondere im Bereich der medizinischen Berufe und Pflegeberufe. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in sämtlichen anderen Berufen ausbilden, soweit sie dazu über die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Krankenhauses der Grundversorgung. Der Gesellschaft können weitere Aufgaben (im Rahmen der Gemeinnützigkeit) übertragen werden.

Nach Abs. 2 ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Kamen ist gem. § 107 Abs.2 Nr. 2 Gemeindeordnung NRW – Gesundheits- oder Sozialwesen – zulässig.

## Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 500.000,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
<b>Stadt Kamen</b>	<b>500.000,00</b>	<b>100</b>

## Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

### Geschäftsführung

Norbert Vongehr (Vorsitzender)

### Aufsichtsrat

#### **Vorsitzender**

Hermann Hupe (Bürgermeister)

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Robert Biedermann	(SPD)
Annette Mann	(SPD)
Jochen Müller	(SPD)
Heinrich Rickwärtz-Naujokat	(SPD)
Manfred Wiedemann	(SPD)
Ralf Eisenhardt	(CDU)
Rosemarie Gerdes	(CDU)
Wilhelm Kemna	(CDU)
Jo Achim Sandrock	(Bündnis 90 / Die Grünen)

Hans-Jochen Baudrexl (Verwaltung)

Heike Aßhoff (Mitarbeitervertretung)  
Bärbel Goebel (Mitarbeitervertretung)

### Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Astrid Gube	(SPD)
Petra Hartig	(SPD)
Michael Krause	(SPD)
Günter Stahlhut †	(SPD)
Reinhard Hasler	(CDU)
Rüdiger Plümpe	(CDU)
Reiner Brüggemann	(Verwaltung)

### **Unternehmensergebnis 2006 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks**

#### **Bilanz**

Aktivseite	31.12.2006 EUR	2005 TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.082,00	12
II. Sachanlagen	1.302.637,02	1.222
III. Finanzanlagen	49.554,68	57
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	1.132.035,96	903
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.971.857,32	4.831
III. Kassenbestand, Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	1.606.899,87	723
	<b>7.070.066,85</b>	<b>7.748</b>
Passivseite		
A. Eigenkapital		
I. Festgesetztes Kapital	500.000,00	500
II. Kapitalrücklagen	394.291,02	694
III. Bilanzverlust	- 241.337,32	- 300
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.304.915,00	1.201
C. Rückstellungen	2.795.020,04	2.102
D. Verbindlichkeiten	2.317.178,11	3.551
	<b>7.070.066,85</b>	<b>7.748</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	31.12.2006 EUR	2005 TEUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	17.222.876,13	16.765
2. Erlöse aus Wahlleistungen	331.986,00	196
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	866.339	676
4. Nutzentgelte der Ärzte	671.847,18	541
5. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	175.439,51	135
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	50.044,14	58
7. Sonstige betriebliche Erträge	613.055,42	554
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	- 10.543.188,82	- 10.330
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	- 2.717.980,23	- 2.883
davon Aufwendungen für Altersversorgung	(766.108,91)	(936)
9. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	- 3.624.815,46	- 3.242
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	- 755.291,59	- 748
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG	399.551,00	406
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	364.899,15	520
12. Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten/verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	- 399.551,00	- 406
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 393.418,84	- 581
14. Sonstige betrieblichen Aufwendungen	- 2.491.795,55	- 1.952
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40.390,65	1
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 51.592,47	- 10
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 241.205,32	- 300
18. Steuern	- 132,00	0
19. Jahresfehlbetrag	- 241.337,32	- 300
20. Verlustvortrag	- 299.645,16	0
21. Auflösung aus der Kapitalrücklage	299.645,16	0
22. Bilanzverlust	- 241.337,32	- 300

Kennzahlen	31.12.2006	2005
1. Ertragslage		
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	- 37,0	- 33,6
2. Vermögensaufbau		
- Anlagenintensität (Anlagevermögen * 100) : Gesamtvermögen)	19,2	16,7
3. Anlagenfinanzierung		
- Anlagendeckung I (Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	48,0	69,2
4. Kapitalausstattung		
- Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	9,2	11,5

Leistungsdaten Krankenhaus	2006	2005
Umsatzerlöse in T €		
- Stationäre Erlöse	17.555	16.961
Bettenzahl	207	221
Patienten	8.081	7.986

Die Erträge des Krankenhauses konnten im Jahr 2006 aufgrund des 2. Konvergenzschrittes und gesteigener Fallzahlen bei gesunkenen Kostengewicht je Fall wiederum gesteigert werden.

Die Zahl der stationär behandelten Patienten stellt sich im Jahre 2006 wie folgt dar:

Insgesamt wurden 95 Patienten (davon 68 Patienten Inlieger) mehr behandelt als im Vorjahr [7.941 Patienten Inlieger und 140 Überlieger (2006 – 2007)]. Während die Fallzahl in der Klinik für Innere Medizin um 231 Fälle stieg, nahm die Fallzahl in der Klinik für Chirurgie (-71), der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe (-42) und der Klinik für HNO (-50) ab.

Das durchschnittliche Kostengewicht ist erheblich gesunken (-0,04 Punkte), die vereinbarte Gesamtleistung konnte durch Mehrfälle allerdings erreicht und somit das Budget voll ausgeschöpft werden.

## Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Das Jahr 2006 wurde durch den zweiten Konvergenzschritt im Rahmen der Anpassung des krankenhausindividuellen an den landesweiten Basisfallwert (Konvergenzphase 2005 – 2009) und der im Rahmen der Umstellung des Finanzierungssystems spät im Jahr stattgefundenen Entgeltverhandlungen geprägt.

Der Landesbasisfallwert NRW in Höhe von EUR 2.687,23 liegt im unteren Drittel der festgesetzten Basisfallwerte in Deutschland, allerdings oberhalb der Basisfallwerte der Krankenhäuser im Kreis Unna und erheblich oberhalb des bisherigen Basisfallwertes des Hellmig-Krankenhauses.

Für das Hellmig-Krankenhaus wurden Entgeltverhandlungen im Oktober 2006 geführt. Der neue Basisfallwert wurde zum 01. Dezember 2006 in Höhe von EUR 2.473,87 genehmigt. Der fiktive Soll-Erlös zum 31. Dezember 2006 konnte aufgrund des abgerechneten niedrigen Basisfallwertes in den ersten 11 Monaten nicht ausgeschöpft werden. Bis zum 30. November 2006 wurde unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes TEUR 453 zu wenig erlöst.

Dieser Betrag konnte im Dezember 2006 nicht voll ausgeglichen werden, so dass ein rechnerischer Kappungsbetrag in Höhe von TEUR 234 verblieb. Allerdings konnte im Geschäftsjahr 2006 der Kappungsbetrag erheblich reduziert werden (TEUR – 1.613). Diese Reduzierung hat die Liquidität des Krankenhauses nachhaltig verbessert.

Der Personalaufwand ist leicht angestiegen. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass zum Jahresende 2006 neue Anträge auf Altersteilzeitverträge in Höhe von TEUR 242 bilanziert wurden. Bei Neutralisation dieser Rückstellung lässt sich erkennen, dass sie Personalkosten keine Steigerung erfahren haben.

Demgegenüber konnte der Materialaufwand insgesamt nicht stabil gehalten werden. Insbesondere sind Aufwandssteigerungen in den Bereichen Medizinischer Bedarf, Energie und Versicherungen aufzuführen. Der Medizinische Bedarf stieg durch Veränderungen der Patientenstruktur, durch den Ausbau des unfallchirurgischen Schwerpunktes und aufwandsintensiven Einzelfällen (TEUR +295). Daneben stiegen die Bezugspreise für Energie bundesweit und auch für das Hellmig-Krankenhaus insbesondere im Bereich der Gaspreise nachhaltig (TEUR +117). Auch hier sind die Aufwendungen im Bereich Versicherungen im Segment Krankenhaus und hier insbesondere im Bereich der Haftpflicht jährlich nachhaltig steigend (TEUR +32 im Jahresvergleich). Diese Aufwandssteigerungen konnten nur zum Teil durch Einsparmaßnahmen in einzelnen Bereichen kompensiert werden.

Aufgrund des am 14. November 2007 paraphierten Sanierungsstarifvertrages wird der Personalaufwand im Jahr 2007 um rd. TEUR 290 aufgrund der Kürzung der Jahressonderzahlung sinken. Im Wirtschaftsjahr 2006 waren hier unterschiedliche, gegenläufige Entwicklungen in den einzelnen Dienststellen festzustellen, welche zu einem weiteren Anstieg der Aufwendungen geführt haben. Trotzdem werden weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen den kommenden Wirtschaftsjahren durchgeführt. Aufgrund der Leistungsintensivierung in den Bereichen der erweiterten Intensivstation und der Unfallchirurgie ist es zu erheblichen personellen Mehrbelastungen gekommen. Personelle Reduzierungen in anderen Bereichen, hier insbesondere aufgrund von Mindestbesetzungen problematisch und mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Erfolgreich konnten die Personalkosten nochmals im Bereich Wirtschafts- und Versorgungsdienste gesenkt werden.

Im Bereich des Sachaufwandes wird es durch Preissteigerungen, Mehrwertsteuererhöhung und Mehrleistungen in einzelnen Bereichen weitere Anstiege geben, die nur zum Teil durch Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert werden können.

Die Hellmig-Krankenhaus gGmbH verfügt über Sachanlagen in Höhe von TEUR 1.303, wobei es sich hier überwiegend um technische Anlagen, Einrichtungen und Ausstattungen handelt. Die Vorräte erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 229 auf TEUR 1.32. Der Anteil der unfertigen Erzeugnisse an den Vorräten betrug 606 und erhöhte sich somit im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 175. Es wurden

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, gegen den Krankenhausträger, nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von insgesamt TEUR 2.972 ausgewiesen. Der Kassenbestand betrug zum Bilanzstichtag TEUR 1.607.

Dem stehen auf der Passivseite ein bereits um den Jahresfehlbetrag reduziertes Eigenkapital in Höhe von TEUR 653 gegenüber. Die Rückstellungen erhöhten sich um TEUR 693 und betragen insgesamt TEUR 2.795. Bei der Bildung der Rückstellungen wurde der unterlassenen Instandhaltung der letzten Jahre Rechnung getragen. Weiterhin wurden Rückstellungen für vorliegende Anträge auf Altersteilzeit gebildet. Ein zur Liquiditätssicherung durch den Eigner gewährtes Darlehen in Höhe von ursprünglich TEUR 1.950 konnte im Jahre 2006 um TEUR 950 getilgt werden. Die Verbindlichkeiten betragen insgesamt TEUR 2.317 und reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.234.

## **Personalbestand**

Anzahl der Vollkräfte 253,9

## **Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung**

Die Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 € wurde bei der Gründung der Gesellschaft von der Stadt Kamen übernommen und war sofort und in voller Höhe bar zu leisten. Eine weitere Stammeinlage wurde dadurch geleistet, dass das von der Stadt Kamen betriebene Städtische Hellmig-Krankenhaus mit Wirkung vom 01.01.2005 nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes (§§ 168ff UmwG) im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme auf die Gesellschaft ausgegliedert wurde.

Die Stadt Kamen haftet für Verluste der Gesellschaft bis zur Höhe ihrer Einlage von 500.000 €

### **Darlehen**

Zur Stabilisierung der Liquiditätssituation des Hellmig-Krankenhauses gGmbH hat die Stadt Kamen ein längerfristiges Gesellschafterdarlehen in Höhe von 1.950.000,00 € gewährt.

Der Darlehensstand betrug zum 31.12.2006 noch 1.000.000,00 €

## **Ausblick**

Gesetzliche Hektik kennzeichnet das Krankenhauswesen seit vielen Jahren. Auch weiterhin bewegt sich der Krankensektor vor einer sich nahezu jährlich wandelnden Gesetzgebung. Während die vergangenen Jahre insbesondere geprägt waren von der Einführung der Leistungsfallpauschalen (DRG's) und im Jahr 2006 mit dem 2. Konvergenzschritt eine weitere Anpassung erfolgte, wurde das Jahr 2006 maßgeblich vom GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz bestimmt. Hieß es noch vor einigen Jahren bei Reformen im Gesundheitswesen: „Vorfahrt für die Selbstverwaltung“ könnte jetzt die Überschrift lauten: „Vorfahrt für staatliche

Regulierungen“. Für einen weiteren Rechnungsabschlag, neben den für den Aufbau der Integrierten Versorgung, im Rahmen eines Sanierungsbeitrages Krankenhaus in Höhe von 0,5% gibt es aus Sicht der Krankenhäuser keinen Grund.

Das Hellmig-Krankenhaus hat im Rahmen des ersten Konvergenzschritts auf der Erlösseite von der Einführung und Überleitung zu einem einheitlichen Landesbasisfallwertes profitiert.

Trotz sich jährlich ändernder Leistungskataloge geht die Geschäftsführung zunächst von weiter steigenden Erlösen aus, da der hausindividuelle Basisfallwert erheblich unterhalb des landesweiten Basisfallwertes liegt. Die bisherigen und voraussichtlich auch zukünftigen Katalogwechsel gehen in der Regel zu Lasten der Häuser der Grund- und Regelversorgung und werten Leistungen der Maximalversorger auf. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass auch die Leistungen des Hellmig-Krankenhauses durch Katalogwechsel weiterhin abgewertet werden, wenn auch langsamer als in der Vergangenheit.

Bezüglich der Vergabe der pauschalen Fördermittel plant der Gesetzgeber eine weitere Umstellung. Wurden in der Vergangenheit die Fördermittel auf Basis der Planbetten vergeben, soll in Zukunft (ab 2008) der CM-Index der Einrichtung Basis für die Vergabe sein. Nach internen Berechnungen des Landes würde dies eine Steigerung der Fördermittel um TEUR 100 bzw. 25% per anno bedeuten.

Daneben ist der gesetzgeberische Rahmenplan nach Abschluss der Konvergenz ungewiss. In der Diskussion befindet sich u.a. die

- Einführung eines bundeseinheitlichen Basisfallwertes
- Einführung von Höchstpreisregelungen bei einzelnen elektiven Eingriffen
- Aufhebung bzw. Aufweichung des kollektiven Vertragsabschlusses bei zugelassenen Einrichtungen

Die Bedeutung der einzelnen in der Diskussion befindlichen Punkte fällt aus Sicht der Krankenhäuser sehr unterschiedlich aus. Während die Einführung eines bundeseinheitlichen Basisfallwertes sicherlich die Erlössituation aller NRW-Krankenhäuser verbessern könnte, würden andere Maßnahmen die Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Krankenhäusern einer Region sicherlich weiter verschärfen.

Die Krankenhausplanung NRW wurde im Jahr 2005 abgeschlossen. Die neu genehmigte Fachabteilung für Unfall- und Wiederherstellungschirurgie hat sich gut etabliert und wird auch in dem elektiven Leistungsbereich den stationären Sektor stabilisieren bzw. ausbauen.

Durch Personalüberleitungsvertrag wurde geregelt, dass übergeleiteten Mitarbeitern aus dem Eigenbetrieb Krankenhaus ein Bestandschutz ihrer Arbeitsverträge von mindestens zwei Jahren gewährt wird. Neu einzustellende Mitarbeiter werden ab dem 01. Oktober 2005 nach TVöD vergütet.

Mit der Gewerkschaft ver.di wurden erfolgreich Verhandlungen über den Abschluss eines Sanierungstarifvertrages geführt. In zwei separaten Prüfschritten wurde, durch ein von ver.di benanntes und vom Hellmig-Krankenhaus beauftragtes Wirtschaftsprüfungsunternehmen, zum einen eine wirtschaftliche Notlage festgestellt,

zum anderen wurde bescheinigt, dass das strategische und wirtschaftliche Zukunftskonzept als nicht unplausibel und tragfähig erscheint. Die erforderlichen Sondierungsgespräche mit dem Marburger-Bund wurden aufgenommen, konnten aber nicht erfolgreich in Tarifverhandlungen überführt werden. Die in der Gewerkschaft ver.di organisierten Mitarbeiter des Hellmig-Krankenhauses haben in einer Urabstimmung am 16. November 2007 mit 96,3 % dem Abschluss eines Sanierungstarifvertrages zugestimmt, der als Haustarifvertrag ab. 1. November 2007 für alle Mitarbeiter Gültigkeit besitzt. Dieser Sanierungstarifvertrag wurde am 14. November paraphiert und sieht eine zeitlich begrenzte Kürzung in den Bereichen der Leistungszulage und der Jahressonderzuwendung vor. Zum 1. Januar 2011 wird das Hellmig-Krankenhaus dem Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen beitreten und dann den jeweils gültigen Verbandstarif zur Anwendung kommen lassen.

Darüber hinaus sind Investitionsmaßnahmen in Höhe von 1,2 Mio. EUR mit dem Ziel der nachhaltigen Energieeinsparung in Planung. Erste Maßnahmen im Bereich der Raumlufttechnik wurde im 3. Quartal 2007 eingeleitet. Die hieraus gewonnenen Daten sind Grundlage für weitere Feinplanungen in 2008 und der damit einhergehenden überwiegenden Investitionstätigkeit.

Das mittelfristige strategische Konzept zur Zukunftssicherung des Hellmig-Krankenhauses wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass das strukturelle Defizit durch eine Steigerung der Erlöse im Rahmen der Konvergenzphase weiterhin abgebaut werden kann. Die Konvergenzschritte bis zum Jahr 2009 können in ihrer Höhe des Landesbasisfallwertes variieren. In einer Mittelfristplanung geht die Geschäftsführung davon aus, dass im Jahr 2009 ein positives Ergebnis erzielt werden kann. Daher kann davon ausgegangen werden, dass sofern nicht die in der Planung zugrunde gelegten Prämissen wesentlich verfehlt werden, auch in 2008 eine Überschuldung nicht vorliegen wird und ständig eine ausreichende Liquidität zur Bedienung der Verpflichtungen vorhanden ist.

Gleichwohl ist die Geschäftsführung bemüht, weiterhin neue Marktfelder im Gesundheitsbereich zu betreten, um in diesem Sinne gezielte Patientenbewegungen zu steuern und die Erlössituation langfristig zu verbessern.



# **Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung**



## 6. **TECHNOPARK KAMEN GmbH**

Lünener Str. 211  
59174 Kamen

Die Gesellschaft wurde am 01.12.1994 im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abteilung B, Nr. 0758 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 24.04.1995.

### **Gesellschaftszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Gründer- und Technologiezentrums sowie die Errichtung und Betreuung der angeschlossenen Technologieparks.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Wirtschaftsförderung – zulässig.

### **Beteiligungsverhältnisse**

Das gezeichnete Kapital von 102.258,37 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
<b>Stadt Kamen</b>	<b>52.151,77</b>	<b>51</b>
WFG für den Kreis Unna mbH	24.542,01	24
Städt. Sparkasse Kamen	8.180,67	8
GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH	8.180,67	8
Stadt Bergkamen	6.135,50	6
Gemeinde Bönen	3.067,75	3

### **Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft**

#### **Geschäftsführung**

Dipl. Betriebswirt Hubertus Ebbers

**Aufsichtsrat**

**Vorsitzender**

Hermann Hupe (BM)

**1. stellv. Vorsitzender**

Manfred Turk (Stadt Bergkamen)

**2. stellv. Vorsitzender**

Dr. Michael Danneborn (Geschäftsführer WFG, Unna)

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Heiko Klanke (SPD)

Ursula Müller (SPD)

Susanne Middendorf (CDU)

Hans-Jochen Baudrexl (Verwaltung)

**Gesellschafterversammlung**

für die **Stadt Kamen** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Hartmut Madeja (SPD))

**Unternehmensergebnis 2006 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks**

**Bilanz**

Aktivseite	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	285	1	2
II. Sachanlagen	3.085.982,00	3.226	3.406
III. Finanzanlagen	0,00	60	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.670,26	19	25
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	393.098,45	369	394
C. Rechnungsabgrenzungsposten	15.796,95	19	13

	<b>3.521.832,66</b>	<b>3.694</b>	<b>3.840</b>
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	105.000,00	105	105
B. Sonderposten wegen Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	2.182.033,00	2.288	2.415
C. Sonderposten mit Rücklageanteil	1.860,00	3	16
D. Rückstellungen	221.047,48	243	192
E. Verbindlichkeiten	1.010.141,86	1.045	1.105
F. Rechnungsabgrenzungsposten	1.750,32	10	7
	<b>3.521.832,66</b>	<b>3.694</b>	<b>3.840</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
1. Umsatzerlöse	490.790,61	509	504
2. sonstige betriebliche Erträge	210.264,04	215	189
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-4.122,56	-1	-2
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-268.655,57	-259	-262
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-233.914,52	-278	-273
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-60.849,66	-74	-71
davon Aufwendungen für Altersversorgung	(26.506,50)	(27)	(28)
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-191.863,68	-185	-186
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-130.028,97	-188	-156
7: Zinsen und ähnliche Erträge	9.470,07	8	6
8 Abschreibungen auf Finanzanlagen	-60.000,00	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-53.948,89	-57	-60
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-292.859,13	-310	-311
11. sonstige Steuern	-6.016,47	-6	-6
12. Erträge aus Verlustübernahme	298.875,60	316	317
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0	0

Kennzahlen	31.12.2006	2005	2004
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital	- 279,9	- 295,2	- 301,9
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität (Anlagevermögen * 100) : Gesamtvermögen	87,6	89,0	88,8
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I (Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen	3,4	3,2	3,1
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	3,0	2,8	2,7

Leistungsdaten Technopark	2006	2005	2004
Umsatzerlöse			
- Vermietung Büroräume u. Werkstätten	445,8 T€	467 T€	399 T€
- Grundstücksvermarktung u. Projektentwicklung	15,0 T€	19 T€	60 T€
- Vermietung Seminarräume	10,4 T€	13 T€	14 T€
- Bewirtungsleistung	8,2 T€	8 T€	10 T€
- Dienstleistungen Wissenschaft vor Ort	4,6 T€	2 T€	2 T€
Anzahl angesiedelter Unternehmen	49	55	51
- Arbeitsplätze	285	315	324
- davon Teilzeit	102	105	125
Quote Existenzgründer	81%	82%	85%

### Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Die TECHNOLOGIEPARK KAMEN GmbH ist seit 1994 als Betreibergesellschaft des Technologiezentrums und des Gründerzentrums im Technologiepark Kamen ein wesentliches Instrument der Struktur- und Technologieförderung. Insbesondere durch die Akquisition und Förderung von innovativen Existenzgründern und technologieorientierten Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) gehen positive wirtschaftsstrukturelle und arbeitsmarktrelevante Impulse am Wirtschaftsstandort Kamen, Bergkamen und Bönen aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 210 T€ resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung des Sonderpostens wegen Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen (131 T€), Kostenerstattungen (35 T), Schadenersatzansprüchen (27 T€) sowie aus der Auflösung von Rückstellungen (12,2 T€)

Bei einer Gesamtjahresbetrachtung der Entwicklung des Technologie- und des Gründerzentrums für das Jahr 2006 sind in der Summe zum Stichtag 31.12.2006

49 Unternehmen inkl. assoziierter Mieter mit 285 Arbeitsplätzen, davon 102 Teilzeit-Arbeitsplätze, angesiedelt. Die Quote der Existenzgründer beträgt hierbei ca. 81 %. Im Berichtszeitraum konnten 10 Unternehmen neu angesiedelt werden; dem standen 16 Auszüge gegenüber. Zum Bilanzstichtag betrug die Vermarktungsquote des Technologiezentrums 74 %, die des Gründerzentrums 75 %.

Für den Seminarbetrieb im Technologiezentrum wurden Fachveranstaltungen von und für KMUs an 410 gebuchten Seminartagen akquiriert. Anlässlich dieser Veranstaltungen wurden ca. 3.900 Teilnehmer im Technologie- und im Gründerzentrum registriert.

Mit Beschluss der Gesellschafter der LogFactory GmbH vom 16.10.2006 wurde diese Gesellschaft mit Wirkung zum 31.10.2006 aufgelöst und befindet sich in Liquidation. Die Beteiligung der TECHNOPARK KAMEN GmbH an der LogFactory GmbH (20 vH. des Stammkapitals) in Höhe von 60 T€ wurde zum Bilanzstichtag in voller Höhe abgeschrieben.

Auch im 14. Jahr des Bestehens der TECHNOPARK KAMEN GmbH existiert im Hauptgeschäftsfeld Vermietung grundsätzlich die Gefahr eines Umsatzrückganges, da die Hauptzielgruppe der (technologieorientierten) Existenzgründer hinsichtlich des potentiellen Erfolgs ihrer Geschäftsentwicklung z.Zt. schwer einzuschätzen ist. Mit insgesamt 3 vorliegenden Kündigungen, die im laufenden Jahr 2007 wirksam werden sowie 12 auslaufenden Mietverträgen, können kurzfristig auch größere Leerstände vom Grundsatz her nicht ausgeschlossen werden.

Zudem ist die Nachfrage potentieller, geeigneter Existenzgründer seit Mitte 2005 stark rückläufig. Auch aus diesem Grund engagiert sich die TECHNOPARK KAMEN GmbH im Verein für Existenzgründung und Mittelstandsförderung (VEM e.V.), u.a. im Rahmen der Ausschreibung des Gründungspreises 2006 im Kreis Unna.

## **Personalbestand**

Anzahl der Mitarbeiter

5

## **Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung**

Die Stadt Kamen haftet für Verluste der Gesellschaft bis zur Höhe ihrer Einlage von 52.151,77 €

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 298.875,60 € ist durch die Stadt Kamen ausgeglichen worden.

Aus der Verpachtung von Gebäuden an die TECHNOPARK Kamen GmbH erzielte die Stadt Kamen Pachteinahmen in Höhe von 133.254,96 €

## **Bürgschaften**

Zur Sicherung von Darlehen für die Finanzierung des Eigenanteils im Zuge der Errichtung eines Gründerzentrums im Technologiepark Kamen hat die Stadt Kamen im Jahr 2000 eine Ausfallbürgschaft zugunsten der TECHNOPARK KAMEN GmbH in Höhe von 2.288.000,00 DM (1.106.000,00 €) übernommen.

Von der TECHNOPARK KAMEN GmbH abgerufen wurden davon 2.162.085,49 DM (1.105.456,75 €). Auf die Auszahlung des Restbetrages wurde verzichtet. Das verbürgte Restkapital betrug am 31.12.2006 noch 852.033,70 €.

## Ausblick

Das Hauptaugenmerk der Aktivitäten im Jahr 2007 wird auf die Akquisition, Beratung und Ansiedlung betrieblicher Existenzgründer gelegt. Neben der Vermarktung des Flächenangebots im Technologie- und Gründerzentrum wird die Vermarktung der bebaubaren Gewerbeflächen im TECHNOLOGIEPARK Kamen forciert. Darüber hinaus wird die TECHNOPARK KAMEN GmbH im Rahmen der Projektdurchführung „Gründerverbund Dortmunder Hochschulen“ durch den Verein Wissenschaft vor Ort e.V. hierfür die kaufmännische und förderliche Projektentwicklung durchführen.

Die TECHNOPARK KAMEN GmbH wird in enger Kooperation mit dem im Technologiezentrum ansässigen Verein Wissenschaft vor Ort e.V. weiterhin für kleine und mittlere Unternehmen in der Region Kamen/Bergkamen/Bönen Beratungsdienstleistungen zum Wissen- und Technologietransfer anbieten.

Zusätzlich wird die TECHNOPARK KAMEN GmbH, zusammen mit den anderen regional ansässigen Technologiezentren („TEC5plus“) auch im Jahr 2007 das Angebot „Pre-Incubator-Center“ im Gründerzentrum Kamen für Ausgründungen aus Hochschulen fortsetzen.

## **7. Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)**

Friedrich-Ebert-Str. 17  
59425 Unna

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Unna, Abteilung B, Nr. 0049 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 02.07.2002.

### **Gesellschaftszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten.

Zur Erreichung dieses Zwecks werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:

- Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten
- Standortmarketing für den Kreis Unna
- Informationsbeschaffung und Verteilung an die kreisangehörigen Gemeinden und Unternehmen
- Förderung von Unternehmensgründungen und –entwicklungen
- Wissens- und Technologietransfer im Bereich der Kompetenzfelder im Kreis Unna
- Förderung der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Wirtschaftsförderung – zulässig.

## Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 3.032.500,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Kreis Unna	1.213.000,00	40,00
Stadt Bergkamen	223.600,00	7,37
Gemeinde Bönen	92.500,00	3,05
Stadt Fröndenberg	100.300,00	3,31
Gemeinde Holzwickede	115.100,00	3,80
<b>Stadt Kamen</b>	<b>168.500,00</b>	<b>5,56</b>
Stadt Lünen	418.000,00	13,78
Stadt Schwerte	219.300,00	7,23
Stadt Selm	110.800,00	3,65
Stadt Unna	245.800,00	8,11
Stadt Werne	125.600,00	4,14

## Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

### Geschäftsführung

Dr. Michael Dannebom (Geschäftsführer)  
 Herbert Wiesner (Prokurist)

### Aufsichtsrat

#### Vorsitzender

Michael Makiolla (Landrat, Kreis Unna)

#### 1. stellv. Vorsitzender

Roland Schäfer (BM, Bergkamen)

#### 2. stellv. Vorsitzender

Wilhelm Jasperneite (Kreis Unna)

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Hermann Hupe (BM)

### Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Marion Dyduch (SPD)

## Unternehmensergebnis 2006 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

### Bilanz

Aktivseite	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0	16	16
B. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	12.770,00	30	38
II. Sachanlagen	43.200,00	64	67
III. Finanzanlagen	360.230,05	60	0
C. Umlaufvermögen			
I. Grundstücke	19.572.997,21	19.453	13.553
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	33.409.673,06	27.941	19.013
III. Wertpapiere	320,00	0	0
IV Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.753.629,73	753	1.437
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0	0
	<b>55.152.820,05</b>	<b>48.617</b>	<b>34.484</b>
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.032.500,00	3.033	3.033
B. Ausgleichsposten zu Grundstücken, Beteiligungen und Forderungen	19.342.554,04	19.354	13.422
C. Rückstellungen	2.486.238,86	2.418	2.392
D. Verbindlichkeiten	30.291.527,15	23.794	15.637
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	18	0
	<b>55.152.820,05</b>	<b>48.617</b>	<b>34.484</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	955.190,81	625	298
2. Personalaufwand	- 661.313,12	- 565	- 547
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 31.695,40	- 37	- 34
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	- 932.526,66	- 931	- 571
5. Zinserträge	273.839,77	317	259
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 671,35	- 1	- 1
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 397.175,95	- 592	- 596
8. Erträge aus Verlustübernahme	397.175,95	592	596
9. Jahresfehlbetrag	0,00	0	0
10. Gewinn aus dem Vorjahr	0,00	0	0

<b>Kennzahlen</b>	31.12.2006	2005	2004
1. Ertragslage - Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital	- 13,1	- 19,5	- 19,7
2. Vermögensaufbau - Anlagenintensität ((Anlagevermögen * 100) : Gesamtvermögen)	0,8	0,9	1,3
3. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung I ((Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	729,1	666,6	652,3
4. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote ((Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	5,5	6,2	8,8

<b>Leistungsdaten WFG</b>	2006	2005	2004
Vermarktung			
- Verträge	8	12	8
- Verkaufte Quadratmeter	154.000	175.000	177.134
Arbeitsplätze			
- neue Arbeitsplätze	ca. 360	ca. 256	ca. 345
- gesicherte Arbeitsplätze	ca. 100	ca. 100	ca. 500

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung der Finanzierung ist sichergestellt, dass die Gesellschaft den beschriebenen Aufgabenbereich langfristig wahrnehmen kann.

Der Liquiditätsspielraum aus dem gezeichneten Kapital, den Rückstellungen und den Kreisdarlehen konnte bei 7,570 Mio. € konstant gehalten werden. Diese Beträge stehen für Investitionen in Treuhandverträge zur Verfügung und werden vor allem in den nächsten Jahren in Projekte gebunden werden die weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten zur Folge haben.

## Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Auch im Geschäftsjahr 2006 hat sich die Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr zum Teil wesentlich verändert. Die Bilanzsumme von 55.153 T€ hat im Vergleich zum Vorjahr um weitere 6.536 T€ zugenommen. Damit wird die große Dynamik im Bereich der Grundstücks- und Ansiedlungsaktivitäten fortgesetzt, die zudem in den letzten Jahren aufgrund der Ansiedlungsgröße recht hohe Beträge ausmachte. Den Grundstücken im Umlaufvermögen auf der Aktivseite stehen die Ausgleichspositionen zu den Grundstücken auf der Passivseite gegenüber. Hierdurch wird deutlich, dass es sich fast ausschließlich um treuhänderisch erworbene Grundstücke für Städte und Gemeinden handelt.

Während sich im vergangenen Geschäftsjahr der Gesamtbestand der Grundstücke und die Forderungen aus Ansiedlungskosten erheblich vergrößert hatten, veränderten sich der Grundstücksbestand und der Saldo aus den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Ansiedlungen im Jahr 2006 nur geringfügig. Hinter der geringfügigen Veränderung der Grundstücke verbirgt sich jedoch ein erheblicher Struktureffekt. Auf der einen Seite ergab sich durch die DHL-Ansiedlung ein Grundstücksabgang, der durch erhebliche Grundstücksankäufe für die in Planung befindlichen Gewerbegebiete nur zum Teil kompensiert wurde. Die Veränderungen der Forderungen aus Grundstücksverkäufen haben insbesondere ihre Ursachen in den Grundstückskaufpreiszahlen, die über den Jahreswechsel reichen (7.035 T€). Diese werden im Laufe des Geschäftsjahres 2007 abgebaut.

Der Kassenbestand hat sich im Vergleich zum Vorjahr erfreulicherweise um 1.001 T€ erhöht, so dass sich die Liquiditätslage zum Jahresende etwas entspannt. Auf der Passivseite stehen die Ausgleichsposten (19.343 T€) und die Verbindlichkeiten (30.292 T€) im Fokus. Die wesentlichen Positionen der Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 20.505 T€ (Vorjahr: 19.927 T€) und die Verbindlichkeiten aus Grundstücksverkäufen mit 3.286 T€ (Vorjahr: 1.558 T€).

Der Liquiditätsspielraum aus dem gezeichneten Kapital, den Rückstellungen und den Kreisdarlehen konnten bei 7.570 T€ konstant gehalten werden. Diese Erträge stehen für Investitionen in die Treuhandverträge zur Verfügung und werden vor allen in den nächsten Jahren in Projekten gebunden, die weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten zur Folge haben. Sollte der Kreis weitere liquide Mittel zur Verfügung stellen, würde sich der Liquiditätsspielraum um diesen Betrag erhöhen.

Für die Finanzierung der treuhändischen Projekte der WFG ist unterm Strich ein Zusatzbedarf von 2.870 T€ entstanden, der durch Darlehensaufnahme gegenüber Kreditinstituten (579 T€) und Gesellschaftern (2.291 T€) gedeckt werden konnte. Der Finanzierungsbedarf ist somit nach wie vor erheblich und es lässt sich aus den Projekten erkennen, dass er auch nach wie vor weiter steigt.

Die Eigenkapitalquote ist gegenüber dem Vorjahr auf 5,5 Prozent (Vorjahr: 6,2 Prozent) gesunken und die Fremdkapitalquote auf 94,5 Prozent (Vorjahr: 93,8 Prozent) gestiegen.

Die wesentlichen Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG gründet, bestehen aus den Vermarktungserträgen, den sonstigen betrieblichen Erträgen, wie z. B. den Zuschüssen und den Zinserträgen. Für das Geschäftsjahr 2006 ist festzustellen, dass

die Erträge (1.230 T€) die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (932 T€) überstiegen. Somit konnte ebenfalls ein Teil der Personalkosten abgedeckt werden. Bei allen Bemühungen der Geschäftsleitung, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten und möglichst hohe Erlöse zu erzielen, muss betont werden, dass Wirtschaftsförderung nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist, sondern im Kernpunkt auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft. Zudem ist das positive Ergebnis auf einen Einmaleffekt zurückzuführen, so dass sich hieraus kein dauerhafter Trend ableiten lässt. Ertragsstarke Geschäfte sind der WFG aufgrund des Status als steuerbefreite Gesellschaft nicht erlaubt und bergen auf der anderen Seite zugleich ein erhöhtes Verlustrisiko. Die Geschäftsleitung wird darauf achten, dass dieser Status keinesfalls gefährdet wird. Im Hinblick auf die Ziele der Wirtschaftsförderung muss festgestellt werden, dass notwendige struktur- und wirtschaftspolitische Aktivitäten sich dann insbesondere an der Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlagen und nicht in der Bilanz der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2006 konnte die WFG Einkünfte in Höhe von 1.230 T€ erzielen (Vorjahr: 942 T€). Die Steigerung ist vor allem auf die Erträge aus Ansiedlungen und Grundstücksverkäufen zurückzuführen und zeigt deutlich, dass es sich um einen Einmaleffekt handelt, da die WFG-eigenen Grundstücke mit der Ansiedlung der Firma DHL vollständig veräußert wurden. Die übrigen Einnahmepositionen wie Zuschüsse für Projekte und Zinserträge fielen um 20 T€ geringer aus als im Vorjahr. Auch wenn die Gesamteinnahmesituation im Geschäftsjahr 2006 durchaus sehr positiv ausgefallen ist, zeigt sich doch, dass die kontinuierlichen Einnahmeströme, die auch in den Folgejahren erzielt werden können, nicht weiter gewachsen sind.

Bei den Ausgabepositionen konnten die Aufwendungen für Projekte relativ konstant gehalten werden, während der Personalaufwand durch Rückstellungen für Altersteilzeit, Urlaub und Überstunden und durch Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter angestiegen ist. Insgesamt sind die Aufwendungen mit 1.626 T€ (1.532 T€ im Vorjahr) um 92 T€ höher ausgefallen. Erwähnenswert ist sicherlich hierbei die Erhöhung der Position „Rechts- und Beratungskosten“, die auf das Gutachten der Firma Deloitte zurückzuführen ist.

## Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter  
(inklusive Stiftung Weiterbildung und Auszubildende)

27

## Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Konstruktion wurde der Verlustausgleich vom Gesellschafter Kreis Unna geleistet (§ 8 des Gesellschaftsvertrages). Alle anderen Kommunen nahmen an der Finanzierung des Verlustes der Gesellschaft nicht direkt teil.

## Ausblick

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre hervorragend aufgestellt. Die Gewerbeflächenpotenziale müssen durch entsprechende Grunderwerbsverhandlungen marktfähig gemacht werden und insbesondere im Nordkreis durch die Effekte der Kohlebeschlüsse angepasst werden. Die wirtschaftlichen Rahmendaten lassen darauf schließen, dass neben den so genannten „harten“ Wirtschaftsförderungsmaßnahmen Aktivitäten wie Existenzgründungsförderung, Weiterbildung, Qualifizierung und Bestandsentwicklung in Zukunft von zunehmender Bedeutung sein werden. Hierzu wird die WFG die Aktivitäten im Bereich der Kompetenzfelder weiter ausbauen. Dazu gehören vor allem auch weitere Instrumente für die Investitionsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Um in den nächsten Jahren alle Ziele verfolgen zu können, müssen die verfügbaren Finanzmittel der WFG weiter ausgebaut werden. Es ist zwingend erforderlich, den Werteverzehr zu kompensieren, der in den vergangenen 15 Jahren am Kapitalstock der WFG stattgefunden hat. Denn nur wenn ausreichend Kapital zur Verfügung steht, ist die WFG auch in Zukunft in der Lage, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Die Geschäftsführung wird die intensiven Gespräche mit dem Kreis Unna fortsetzen, um eine Liquiditätsunterstützung noch im Jahre 2007 wirksam werden zu lassen.

Der Kreis Unna hat bereit angekündigt, dass er die Kapitalausstattung der WFG zukünftig erheblich verbessern möchte. Dabei sind zusätzliche Kreisdarlehen in Höhe von ca. 5 Millionen € im Gespräch, die die Finanzlage der WFG gravierend entspannen könnten.

Da die Liquidität der WFG seit nahezu 20 Jahren kontinuierlich aus dem Stammkapital, den Kreisdarlehen und den Rückstellungen bestritten wird, ist durch den inflationsbedingten Werteverzehr ein starker Rückgang der Leistungsfähigkeit der WFG zu verzeichnen. Insofern dient die Verbesserung der Kapitalstruktur zu einem Teil der Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit und bietet zu einem weiteren Teil die Möglichkeit, die Kapazitäten in Form von Projekten auszuweiten. Die Geschäftsführung hofft, dass die Kapitalspritze im laufenden Geschäftsjahr 2007 auch tatsächlich erfolgt.

Für das Wirtschaftsjahr 2007 wird laut Wirtschaftsplan 2007, welcher vom Aufsichtsrat genehmigt worden ist, ein Jahresfehlbetrag von 646 T€ erwartet. Hierbei geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Gesamtaufwendungen wieder deutlich unter 1.591 T€ ausfallen werden.

Im Wirtschaftsplan für die kommenden Jahre wurde berücksichtigt, dass die beantragten und bewilligten Projekte zeitlich befristet sind. Das Projekt Fabrikautomation wird Ende 2007 und das Existenzgründungsbüro 2008 auslaufen. Die Geschäftsführung ist bestrebt, für diese Projekte geeignete Nachfolger zu akquirieren. Diese werden dann bei Vorliegen der Bewilligungsbescheide in die zukünftigen Wirtschaftspläne eingearbeitet.



## 8. Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)

Friedrich-Ebert-Str. 32  
59425 Unna

Die Gesellschaft wurde am 19. August 1939 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 3046 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 20.06.2006.

### Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen im eigenen Namen. Die Gesellschaft kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften.

Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Wohnraumversorgung – zulässig.

### Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 2.600.000,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Kreis Unna	1.061.850,00	40,8
Stadt Unna	381.150,00	14,7
Stadt Bergkamen	364.000,00	14,0
<b>Stadt Kamen</b>	<b>286.000,00</b>	<b>11,0</b>
Stadt Hamm	171.600,00	6,6
Stadt Fröndenberg	127.400,00	4,9
Gemeinde Bönen	78.000,00	3,0
Stadt Selm	78.000,00	3,0
Gemeinde Holzwickede	52.000,00	2,0

## Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

### Geschäftsführung

Manfred Weischer	(Geschäftsführer)
Matthias Fischer	(Prokurist)

### Aufsichtsrat

#### **Vorsitzender**

Heinz Steffen	(Kreis Unna)
---------------	--------------

#### **Stellvertreter**

Michael Hoffmann	(Stadt Unna)
------------------	--------------

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Friedhelm Lipinski	(SPD)
--------------------	-------

Hermann Hupe	(BM)
--------------	------

### Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Marion Dyduch	(SPD)
---------------	-------

## Unternehmensergebnis 2006 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

### Bilanz

Aktivseite	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5,57	0	0
II. Sachanlagen	87.031.623,46	88.341	90.161
III. Finanzanlagen	4.160,00	4	4
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke u. a. Vorräte	4.456.667,77	4.451	4.392
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	406.582,75	50	67
III. Kassenbestand, Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	2.011.596,88	2.247	1.444
C. Rechnungsabgrenzungsposten	38.609,95	4	11
	<b>93.949.246,38</b>	<b>95.097</b>	<b>96.079</b>
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00	2.600	2.600
II. Gewinnrücklagen	19.072.676,29	19.057	19.035
III. Jahresüberschuß	226.255,55	119	126
B. Rückstellungen	466.597,57	396	365
C. Verbindlichkeiten	71.583.716,97	72.925	73.953
	<b>93.949.246,38</b>	<b>95.097</b>	<b>96.079</b>

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2006 EUR	2005 TEUR	2004 TEUR
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	13.694.298,74	13.643	13.315
2. Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	-322.063,03	49	120
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	48.021,00	64	168
4. Sonstige betriebliche Erträge	143.704,00	177	154
5. Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	7.277.785,94	7.616	7.542
6) Rohergebnis	6.286.174,77	6.318	6.215
7) Personalaufwand	1.154.833,47	1.187	1.235
8) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.707.292,19	2.809	2.775
9) sonstige betriebliche Aufwendungen	580.983,88	638	481
10) sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	62.509,81	37	40
11). Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.155.837,24	1.261	1.328

12): Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	749.737,80	460	436
13) Steuern vom Einkommen und Ertrag	176.303,46	12	18
14) sonstige Steuern	347.178,79	328	328
15) Jahresüberschuß	226.255,55	119	126

Kennzahlen	31.12.2006	2005	2004
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital	1,0	0,5	0,6
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität (Anlagevermögen * 100) : Gesamtvermögen	92,6	92,9	93,8
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I (Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen	25,2	24,6	24,1
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	23,3	22,9	22,6

Leistungsdaten	2006	2005	2004
Anzahl Mieterwechsel	288	333	342
Fluktuationsquote in %	10,4	12,1	12,4
Leerstand am Bilanzstichtag in Wohneinheiten	56	58	45
Leerstandsquote am Bilanzstichtag in %	2,0	2,1	1,6

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2006 2.761 Wohnungen, 13 Büro- und sonstige Einheiten in insgesamt 372 Häusern und 462 Garagen mit einer Gesamtwohn-/nutzfläche von 184.447,00 qm umfasst.

Mit der Sanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes und der umfangreichen Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2006 voll entsprochen.

### Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Auch in 2006 haben sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht in dem Maße geändert, als dass die Binnenkonjunktur spürbar belebt worden wäre. Die weiterhin schwache Binnennachfrage, hohe Arbeitslosigkeit und die weitere eindeutige Entwicklung des Wohnungsmarktes zu einem Nachfragemarkt findet ihren Niederschlag in höheren Mietrückständen, steigenden Mietausfällen und höheren Leerstandsquoten.

Entgegen diesem allgemeinen Trend hat sich die Vermietungssituation bei der UKBS gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verschlechtert.

Für die Mieter bestand auch 2006 ein überaus günstiges Preis-/Leistungsverhältnis. Die Mieten sämtlicher Wohnungen lagen auch in 2006 ausschließlich, überwiegend sogar erheblich, unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 325,3 T€ (2005: 260,6 T€). Von den Kosten entfallen 36,5 T€ (2005: 28,8 T€) auf modernisierungsbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 80,6 T€ (2005: 62,7 T€) Betriebskosten enthalten. Gegenüber Beihilfeempfängern wurden im Jahr 2006 56,8 T€ Mietverzicht gewährt.

Die Erlösausfälle, ohne WFB-Verzichte, betragen 2006 2,9 % (= 401,7 T€), gegenüber 2005 2,5 % (=351,9 T€), des Miet- und Umlagensolls. In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 76,4 T€ (2005: 91,3 T€) enthalten. Diese Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass die Gesellschaft überwiegend sozial schwächeren Bevölkerungsschichten mit Wohnraum versorgt. Diese Haushalte sind oft überschuldet, von Arbeitslosigkeit betroffen oder erhalten finanzielle Unterstützung durch das Sozialamt.

Die Verbesserung des Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.925,0 T€ (2005: 3.907,0 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2006 in Relation zur Sollmiete rd. 41,3% (Vorjahr: 41,0%) verausgabt. Dies sind 21,28 € pro qm Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr : 21,15€). Alle begonnenen Maßnahmen waren zum 31.12.2006 fertiggestellt.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde ein Jahresüberschuss von 226,3 T€ erwirtschaftet. Dieser Jahresüberschuss wurde im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

Bei der z.Zt. vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

## Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter	24
Anzahl Auszubildende	3

## Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet für Verluste der Gesellschaft bis zur Höhe ihrer Einlage von 286.000,00 €

Aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 226,3 T€ wird eine Gewinnausschüttung in Höhe von 8 % vorgenommen. Auf die Stadt Kamen entfällt ein Betrag in Höhe von 20.466,16 €. Der Restbetrag in Höhe von 18,3 T€ wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

## Ausblick

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2007 stellt sich die wirtschaftliche Lage der UKBS weiterhin positiv dar.

Die Modernisierung und die Wohnwertverbesserung des Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den nächsten Jahren, gerade bei einem Mietmarkt von großer Bedeutung. Besonders für die dringend notwendige Modernisierung der Wohnungen aus den 70er Jahren werden erhebliche Finanzmittel benötigt.

Die Gesellschaft wird ihre erfolgreichen Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes unter besonderer Berücksichtigung der lokalen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung einzustellen und die Herausforderung des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.